

# Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 3 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig  
Gerberstr. 1 IV Viktoriahotel. Fernruf 7503

Schluss des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreispaltige Kleinzeile 2 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einfindung der Kosten aufgenommen. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 35 Sonnabend, den 27. August 1921 25. Jahrgang

## Lohnbewegungen.

Zur Beachtung! Notizen unter dieser Rubrik werden nur dann jede Woche wiederholt, wenn der Schriftleitung bis spätestens Montag früh entsprechende Mitteilung vorliegt.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperr, Streif, Zugang fernhalten“, in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten einget, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

**Gesperert:**  
Grabsteingeschäft Kerner, Augsburg-Pferrsee. Firma Ruben, Kallberge (Rüdersdorf). In Stuttgart sämtliche Betriebe. Franz Wolf, Grabsteingeschäft in Paderborn. Die Grabsteingeschäfte Woldt u. Falke in Zittau, Girsch in Sirschfelde, Raue in Niedergörsch, Mühle in Großschönau. Sieber u. Geißler, Grabsteingeschäft in Billingen. Friedrich Krapp, Eisenach. Firma Horn in Naumburg. Neufertin, Firma C. F. Fuhbrügge, Kupferdreh i. W. (Kunststeinwerke), Oldenburg (Firma August Köllner).

**Wortlesau.** Der Basaltbetrieb der Firma Leimbach u. Co. am Sodenberg ist wegen Maßregelungen gesperrt.

**Streit:**  
In Offen (in sämtlichen Grabsteingeschäften). In Hohenleuben (Plastersteinbetrieb, Firma Krebs), Erfurt (Steinmehlen und Marmorarbeiten), in Breslau, Lauterbach (Pfalz). In Nürnberg (Marmorarbeiten). In Ufersmühle (Bruchbetriebe von Brücher und Ufer). In Leipzig (Marmorarbeiten). In Wilmur (Grabsteingeschäft), Saalburg (Marmor). In Stranenburg a. S. (Grabsteingeschäfte). Köln a. Rh. (Steinmehlen).

**Beucha-Grimma-Wurzen.** Nach siebenmonatig vergeblichem Verhandeln mit den Unternehmern im hiesigen Bezirk waren endlich Verhandlungen angesetzt. Da in einigen Betrieben die Arbeit am 22. August nicht aufgenommen war, erklärten die Unternehmer, nicht eher zu verhandeln, bis reiflos die Arbeit wieder aufgenommen wird. Darauf erfolgte auch die Arbeitsniederlegung in den übrigen Betrieben. An der Arbeitsniederlegung sind 1500 Kollegen beteiligt.

**Zugut ist fernzubalten:**  
Außer den genannten Orten unter Sperr und Streif nach Sangerhausen, Nordhausen, Gielesben, Artern a. L. (Altebt, S. W.), Osabrück, Königberg i. Pr., Reichenbach i. F. (Steinbildhauerei Seilmann), Erfeld, Bennigsen b. Hannover, Ebersbach und Umgebung in Baden.

**Erledigte Bewegungen.**  
Effen. Mit den Inhabern der Marmorgeschäfte wurde für die Marmorarbeiter eine Vereinbarung erzielt (Stundenlohn 8,25 M.). Dagegen mit den Grabsteingeschäften für die Steinmehlen nicht, die Folge war Arbeitseinstellung. Das Steinwert Jaminet, G. m. b. H., bleibt nach wie vor gesperrt.

**Bremen.** Die Bewegung am Ort führte zu einer Einigung. Der Stundenlohn für Steinmehlen beträgt ab 15. August 1921 10 M., ab 1. September 10,50 M., für Bildhauer 78 M. pro Tag, ab 1. September 82 M. pro Tag, für Marmorarbeiten ab 15. August 1921 7,25 M. pro Stunde, ab 1. September 1921 7,50 M., ab 15. September 1921 8 M.

**Magdeburg.** Der Stundenlohn für Steinmehlen wurde ab 20. August 1921 um 85 Pf. erhöht.

**Mainal-Sandsteingebiet unterer Main (roter Stein).** Der Aschaffener Schiedsgericht wurde jetzt von den Unternehmern auf Grund einer Vereinbarung anerkannt. Es erfolgt die Rückzahlung der neuen Löhne ab 5. Juli 1921. Für die Steinmehlarbeit gilt der Muschelfalkentarif unter Abzug von 20 Prozent für das Grundmaterial mit einer Teuerungszulage von 450 Proz. und der 95prozentigen Lohngarantie. (Siehe Bericht unter Bürgstadt.)

**Basaltarbeiter der Gleisberge.** Die Unternehmerorganisation der Schotterindustrie der Gruppe Thüringen bewilligte ihren Belegschaften für die Ledigen 25 Pf. und für die Verheirateten 50 Pf. pro Stunde Zulage ab 15. August. Da diese Zulage nicht den geringsten Ausgleich der Teuerung schafft, müssen umgehend Verhandlungen mit den Unternehmern stattfinden.

**Altenronau (Marmorarbeiten).** Ab 19. August 1921 erhöht sich der bisherige Stundenlohn der Vorarbeiter, Heizer, Schmiede und der übrigen Marmorarbeiter um 70 Pf.

**Hauenberg.** Der Schlichtungsausschuß Mosbach sprach den hiesigen Sandsteinbrucharbeitern mit Wirkung vom 5. August 1921 eine Stundenlohnerhöhung von 60 Pf. zu. Sollte wider Erwarten diese niedrige Zulage von der Arbeitgebererschaft nicht anerkannt werden, so wird sofort die Verbindlichkeitsklärung beim Demobilisierungskommissar beantragt werden.

**Sandsteingebiet oberer Main (Zeil, Ebelsbach usw.).** Mit der Arbeitgeberorganisation kam zunächst eine Vereinbarung zustande, die dahin geht, daß ab 16. August die bisherigen Löhne der über 18 Jahre alten Arbeiter um 12 Prozent und der unter 18 Jahre alten um 10 Prozent erhöht werden. Für eventuell minderleistungsfähige Arbeiter erfolgt wie bisher die Neuregelung betriebsweise durch die Betriebsräte resp. Betriebsobleute. Die Ferienfrage wurde abermals behandelt. Es müssen jetzt die Arbeitervertretungen in den Betrieben die Urlaubskisten auf Grund des Reichstages und des Nachtrages zusammenstellen und den Firmen einreichen.

## Preissteigerung und Lohnsteigerung

In seiner Teuerungsstatistik berechnet das statistische Reichsamt eine Indeziffer für die Lebenshaltungskosten. Es werden die wichtigsten Ausgaben für den Lebensunterhalt erfasst. Die Untersuchungen erstrecken sich auf 600 Gemeinden des Deutschen Reiches. Die Teuerungsstatistik gründet sich auf amtliche Preiserhebungen in verschiedenen Städten, und zwar für eine bestimmte Anzahl von Lebensmitteln sowie für Leucht- und Brennstoffe und für Wohnungsmieten. Den Berechnungen sind die sogenannten Normalrationen zugrunde gelegt; es wird nämlich berechnet, wie hoch sich in den einzelnen Städten die Normalration für eine fünfköpfige Familie, zwei Erwachsene und drei Kinder, beläuft. Der Vergleich der Teuerungszahlen zwischen den einzelnen Städten und zwischen den einzelnen Monaten des Jahres ergibt eine Art Gradmesser für die Höhe und die Schwankungen der Teuerung. Bei diesen Be-

rechnungen bleibt die Tatsache außer Betracht, daß kaum eine Familie mit der bloßen Normalration der behördlich zugebilligten Lebensmittelmengen, namentlich an Brot, Mehl und Zucker, für ihren Lebensbedarf auskommt. In der Teuerungsstatistik ist also nicht eingerechnet, was eine Familie noch ausgeben muß für jene Lebensmittelmengen, die sie sich auf dem Hamsterweg oder durch Bezahlung von Schleichhandelspreisen noch dazu erwerben muß, um die Familie einigermaßen gesund und arbeitsfähig zu erhalten. Ferner bleibt unberücksichtigt durch die Teuerungsstatistik die Qualitätsminderung der Produkte, die gegenüber der Friedenszeit außerordentlich schwer ins Gewicht fällt. Darum haben die Teuerungszahlen dieser Statistik keinen absoluten, sondern nur einen relativen Wert.

Sehr interessant ist eine Gegenüberstellung der Steigerung der Preise für den notwendigen Lebensbedarf und der Lohnsteigerungen.

Nach den Berechnungen verschiedener städtetatsistischer Ämter, welche die Aufwendungen für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung erfassen, zeigt die Kurve der Preisbewegung einen ständigen Aufstieg der Preise bis zum Mai 1920. Während der Sommermonate 1920 tritt dann vorübergehend eine Ermäßigung ein; im Herbst 1920 folgt eine neue Anspannung der Preise, die ihren Höhepunkt im Januar 1921 erreicht. Einzelne Städte weisen eine 14-15fache Steigerung der Lebenshaltungskosten gegenüber der Friedenszeit auf. Seitdem ist eine allerdings nur sehr leise Abschwächung eingetreten. Aber es ist schon kaum noch eine Frage, ob diese Aufwärtsbewegung der Preise eine dauernde ist, oder ob sie nicht wiederum nur ein vorübergehendes Stadium darstellt. Alles spricht für das letztere.

Die Preissteigerung für den Lebensbedarf geht natürlich Hand in Hand mit der Entwicklung unserer Valuta; die Preise werden sehr stark beeinflusst vom Weltmarktpreis, aber auch ebenso stark durch behördliche Preispolitik, ferner durch die Aufwendungen des Reichs zur Verbilligung des Lebensbedarfs. Diese Reichsmittel stellen die ungeheure Summe von 11,1 Milliarde dar (= 10 Prozent der Gesamtausgaben des Reichs). Da es sehr fraglich ist, ob das Reich unter dem Druck der Entlohnungsforderungen weiterhin in der Lage sein wird, diese ungeheure Summe zur Verbilligung der Lebenshaltungskosten des Volkes flüssig zu machen, ist es nicht nur wahrscheinlich, sondern fast mit Sicherheit zu erwarten, daß wir mit einer abermaligen erheblichen Verteuerung des Lebensbedarfs, namentlich der Ernährungsstoffe, zu rechnen haben werden.

Die Aufwendungen des Reichs für die Verbilligung der Ernährungsstoffe bewirken, daß die Verteuerung der Lebensmittel nirgends den außerordentlichen Verteuerungsgrad für die Bekleidungsstoffe erreichen. Die Preissteigerung für die Bekleidung übertrifft die Teuerung für den übrigen Lebensunterhalt sehr stark. Im April und Mai 1920 erreichte die Verteuerung von Bekleidungsgegenständen eine 20fache Steigerung. Mit der Besserung der Valuta im Herbst trat dann allerdings wieder eine kleine Ermäßigung ein. — Die Preisbewegung für Heiz- und Leuchtmittel stellt eine ständig steigende Linie dar; die Teuerung erreicht hier die 11-12fache Steigerung der Friedenspreise.

Der Ernährungsindex des Reiches erreicht im Dezember 1920 und Januar 1921 seinen Höhepunkt. Er steigt für eine fünfköpfige Familie für den notwendigen Lebensbedarf (Normalrationen) auf das 12,75fache der Friedenszeit; die leise Abschwächung im Frühjahr 1921 ergibt im April 1921 doch noch eine 11,75fache Verteuerung der Lebensmittel. — Die Gesamtverteuerungszahl des Reiches für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung ergibt im ganzen eine 9fache Verteuerung der Gesamtlebenshaltungskosten trotz der sehr viel höheren Steigerung der Ernährungsstoffe. Die Ursache hiervon liegt in der Einrechnung der Wohnungsmieten in den Gesamtbedarfsbedarf; da die Mieten im allgemeinen nur eine Steigerung um das Doppelte erfahren haben, so wird die allgemeine Teuerungszahl für Lebenshaltungskosten stark gedrückt durch die verhältnismäßig geringere Verteuerung für den Mietaufwand, so daß die Gesamtlebenshaltungskosten nur um das 9fache verteuert erscheinen. Willigerweise müßte dann aber auch die Verteuerung der Bekleidungsstoffe in die Teuerungszahl des Reichsamts aufgenommen werden; die fast zwanzigfache Verteuerung der Bekleidungsstoffe würde die geringere Verteuerung des Mietaufwandes ausgleichen; es ist auch nicht einzusehen, warum diese Verteuerung der Lebenshaltungskosten nicht berücksichtigt werden soll. Einzelne städtetatsistische Ämter sind schon mit gutem Beispiel vorangegangen und haben die technischen Schwierigkeiten bei der Einbeziehung des Bekleidungsbedarfs in ihre Teuerungsstatistik zu überwinden gewußt.

Stellen wir der steigenden Verteuerung der Lohnsteigerungen entgegen, die erwirkt wurden und über welche überall geklagt wird, die von den Arbeitgebern immer als die Grundursache der steigenden Verteuerung aller Produkte hingestellt werden, so ergeben sich nach den Zusammenstellungen des statistischen Reichsamts nach der Reichslohnerhebung vom Februar 1920 folgende Tatsachen:

Es war die Lohnsteigerung  
im Stein- und Braunkohlenbergbau . . . . . eine 10fache,  
in der Eisen- und Metallindustrie . . . . . „ 6fache,  
in der Textilindustrie . . . . . „ 8fache,  
im Baugewerbe . . . . . „ 6fache.

Vielfach ist diese 6-10fache Steigerung der Löhne nur eine scheinbare; denn es handelt sich um einen bloßen Vergleich der Stundenlöhne, nicht der Tages- und Wochenlöhne. Der Tages- und Wochenlohn ist durch den Achtstunden-Arbeitsstag und die 44-Stundenwoche verhältnismäßig geringer geworden; früher berechneten sich die Stundenlöhne für den Neunstunden-Arbeitsstag und die 56-Stundenwoche. Nicht berücksichtigt blieb ferner, daß in vielen Betrieben, namentlich in der Textilindustrie in Kurzschichten gearbeitet wird, was eine erhebliche Minderung des Lohnneinkommens bedeutet.

Die Zusammenstellungen des statistischen Reichsamts sind weit über den Vorwurf erhaben, arbeitnehmerfreundlich gefärbt zu sein. Bringt doch die Zeitschrift des statistischen Reichsamts es immer wieder fertig, auf die Notwendigkeit des Lohnabbaus hinzuweisen. Sie meint also wieder einmal das Pferd beim Schwanz aufzäumen zu können! Solange das Sinken der Kosten für den notwendigen Lebensbedarf nicht merkenswert ist, solange uns sogar noch die sehr unerfreuliche Aussicht auf eine bedeutende Steigerung des Lebensbedarfs bevorsteht, solange die Erzeuger in Industrie und Landwirtschaft nicht an Preisabbau denken, hat die Arbeitererschaft ganz anderes zu tun, als sich mit einer Senkung der Löhne einverstanden zu erklären!

## Wachsender Kapitalismus.\*

Eine Erscheinung, die auf jedem sozialistisch denkenden und fühlenden Lohn- und Gehaltsempfänger aufreizend wirkt, ist das mächtige Anwachsen des Kapitalismus, gerade in der Zeit der Not der breiten Massen. Als der Krieg ausbrach, verstand das Unternehmertum alsbald unzufällig und Geschäfte zu machen. Als der Krieg zu Ende war, gelang es dem Kapitalismus nicht minder, durch eine Umgruppierung sein Schicksal ins Trockene zu bringen. Die Armut der Völker brachte dennoch den vermehrten Reichtum für die Besitzenden. Aller Weltwirtschaftskrise zum Trotz verstand der Kapitalismus die Profitrate zu mehren. Die großen Gewinne der Aktiengesellschaften bestätigten die Wahrheit der Worte am besten. Obgleich die Geldwertchwankungen das Geschäftemachen sehr erschweren und gewagt erscheinen ließen, so war aber die zu erwartende Gewinnrate um so größer und daher verlockender. So wurde mit aller Spitzfindigkeit immer aufs neue der ungewisse Sprung über die Kluft versucht. Meist gelang er, wie die Ergebnisse der Aktiengesellschaften bezeugen, mitunter freilich sah man den ungeschickten Nachbarn in der Jagd nach dem glückverheißenden Mammon in die Grube purzeln. Gefühllos warf man ihm einen Stein nach und eilte weiter, froh, einen Nebenbuhler losgeworden zu sein. Wenn gar nicht anders, so beweisen die Zahlen über den Mehrverbrauch an Waren in den Siegerstaaten, der nach dem Kriege zu verzeichnen ist und an dessen Genuß doch nur die durch den Krieg reich gewordenen Schichten Anteil haben, wie Dollar und Pfund Sterling in den Händen der Besitzenden ihre angenehme Wirkung ausübt haben. Die französischen Gewerkschaftsvertreter berechneten beim letzten internationalen Gewerkschaftskongress, wie Roggen, Weizen, Seide, Tabak einen gewaltigen Mehrverbrauch erfahren haben. Arbeiter und Angestellte haben hieran allerdings nicht teilgenommen.

Wohl den größten Gewinn buchen dabei die Geldinstitute\*\*. Sie leben und gedeihen unter den Schwankungen des Geldmarktes am prächtigsten. In den großen und mittleren Städten wird an jeder zweiten Straßenecke eine Bankfiliale eröffnet, und wenn es auch nur ein Benjamin der Bankherren ist, „vergrößert“ wird auf jeden Fall, die Kartellverträge der Bankinstitute nehmen zu, die Realierungen werden häufiger und strafbarer. „The Economist“ veröffentlichte gelegentlich eine Statistik, aus der zu ersehen war, wie die Anzahl der Bank-Aktiengesellschaften in England von Jahr zu Jahr abfiel, die Anzahl der Filialen im Lande aber ganz ungeheuerlich zunahm. Während im Jahre 1890 104 Banken bestanden, fielen deren Zahl 1900 auf 77, 1910 auf 45, 1915 auf 37, 1917 auf 34 und hält im Jahre 1919 bei 21 Banken. Demgegenüber sind aber die Filialen im Lande gewachsen von 2203 im Jahre 1890 auf 3757 im Jahre 1900, auf 5202 im Jahre 1910, dann auf 6027 im Jahre 1915, auf 6285 im Jahre 1918 und auf 6918 im Jahre 1919. Fünf der englischen Banken besitzen aber von diesen Filialen die weitaus überwiegende Zahl. Solche Tatsachen bezeugen die Zusammenfassung des Kapitals, das nun schon vom Handelskapital zum einflussreichen Industriekapital angewachsen ist. Beispiele aus Deutschland und Amerika könnten die wichtige Tatsache noch weiter erhärten. Ueberreiche Gewinne verzeichnen aber die Banken in allen Ländern. Um nur ein kleines Land zu nennen, betrug der Reingewinn der dänischen Banken im Jahre 1913 7-9 Prozent eines Kapitals von 192 Millionen dänischen Kronen, oder im Jahre 1917 14,6 Prozent von 273 Millionen, oder im Jahre 1918 bereits 23 Prozent von 311 Millionen dänischen Kronen. Die Trusts in Amerika verzeichnen Rammungsgewinne. Die Morgan-Gruppe, die mächtigste Finanzbildung in Amerika, hat während des Krieges an Wachstum fabelhaft zugenommen. Diese mit 18 anderen Gesellschaften eng verbundene Gruppe verwaltet 134 Gesellschaften und kontrolliert ungefähr 40 Millionen Dollar Kapital. In Deutschland und Oesterreich macht die Stinnes-Gruppe ihren Einfluß geltend.

So wird die Absatzstocung infolge der herabgesetzten Kaufkraft der Bevölkerung in ihrer Auswirkung zur Quelle der Verteuerung der Kapitalisten und ihrer Institute, der Banken. Die geringe Kaufkraft, eine Ursache der Entwertung des Geldes und diese wieder eine Folge der Ueberschwemmung des Marktes mit Papiergeld, wurde den Großbanken zum Vorteil. Sie sind nun die Herren des Geldes, weit größere noch, als es die Industrie zu werden vermochte. Bei letzterer kommen die gesteigerten Profite in den großen Zahlen der Bilanzen in Erscheinung, während die Betriebsbestände im Werte gleich geblieben, wenn sie nicht sanken. Die Banken als Kreditgewährer der Industrie vermochten riesigen Beträge zu hohen Zinsen zu verleihen und dadurch gewaltige Gewinne zu erzielen. Nach dem Krieg entstand, wie Prof. Dr. Lederer kürzlich treffend ausführte, für ausländische Großbanken die Aufgabe, Kredite für den Warenexport in Ländern mit entwerteter Valuta und auch sonst Exportkredite zu gewähren. Daß diese Bestrebungen im großen und ganzen gescheitert sind, ist sogar nach Ansicht kapitalistischer Kreise auf die Unerschafflichkeit der Banken zurückzuführen, die Kommissionen und Zinsen bis 20 Prozent und noch mehr nach dem vorgezeichneten Betrag forderten und somit einen kräftigen Export nicht in die Wege zu leiten vermochten. Die Brüsseler Finanzkonferenz des Völkerbundes und in deren Folge die Sachverständigen im Finanzwesen haben einen Plan auf Grund des sogenannten Ter-Moulen-Systems für die Gewährung von Exportkrediten, für die Beschaffung von Rohstoffen und unentbehrlichen Lebensbedarfsartikeln ausgearbeitet. Demnach sollten die Staaten, bzw. die Regierungen in diesem System, unter Vermeidung eines weiteren Notenandrucks, als eigentliche Kreditnehmer auftreten; ursprünglich sollten die Privatbanken dabei nur mittelbar eine Rolle spielen. Das System ist trotz der Wirtschaftskrise, welche die Förderung des Warenabfahes erscheinen würde, immer noch nicht ins Leben getreten, man hält immer noch bei den Vorarbeiten. Aus diesen können wir aber feststellen, daß der ursprüngliche Plan nunmehr — wie der letzte Bericht des „Manchester Guardian Commercial“ vom 9. Juni bezeugt — umgebogen wurde; es sollen wieder die Privatbanken in den Vordergrund gestellt und ihnen die Möglichkeit für die Einheimung weiterer Profite gegeben werden. Auf das Verlangen der Großbanken in der Wirtschaftskrise, die diese durch willkürliche Einschränkung der Kredite infolge Kleinlicher Mangelhaftigkeit um ihre „Liquidität“ besonders verschärft hatten, braucht dabei nicht besonders verwiesen zu werden.

So ergibt sich also der Kreislauf in der Wirtschaft. Im ganzen

\* Der recht lesenswerte Artikel ist dem Organ der deutsch-österreichischen Gewerkschaftskommission entnommen. Nr. 27 vom 5. Juli 1921.  
\*\* Siehe auch „Steinarbeiter“ Nr. 25 „Erstarren des Kapitalismus“.

Behaben der Volkswirtschaft liegt ein scheinbarer Widerspruch und doch ist es keiner. Der Weg des Kapitalismus ist eben kein geradliniger. Wird der Kapitalismus stark, so sucht er seine Macht den Arbeitern doppelt fühlen zu lassen. Er bedrängt die Arbeiter, möchte, wie in Amerika, die Gewerkschaften entwerzeln. Doch es gelingt ihm nicht. Der englische Bergarbeiterstreik beweist es. Trotz seiner langen Dauer und obgleich er den Arbeitern nicht einen vollen Erfolg eintrug, so werden ganz achtunggebietende Errungenschaften von den schwergeprüften Arbeitern am Ende des Streiks heimgetragen. In die Wirtschaft eingeschlossen eingegriffen, sie zu kontrollieren, schließlich zu beherrschen, darin liegt die Aufgabe der nächsten Zeit, hier muß sich die Kampfesfähigkeit zeigen. Dies gilt für das Proletariat, das manuelle wie das geistige, in allen Ländern gleichermaßen. Darin besteht zum großen Teil der wertvolle Kampf für eine andere Gesellschaftsordnung. Diese Arbeit kann nicht in einem Tag beendet werden, sie umdunkelt im Nebel und Rauch oftmals das Ziel und verwirrt die Köpfe, aber sie muß getan werden. Die Arbeit kann aber nie und nimmer mit der berben Faust oder dem lauten Mundwerk gemacht werden, hier muß der Appell an die Begeisterung nur wenig, vielmehr heißt es Vernunft, Verstand, Kenntnisse, Tüchtigkeit vortreten lassen, um dem Kapitalismus das Heft aus der Hand zu nehmen. Die Gewerkschaften, und selbst das letzte ihrer Mitglieder, müssen gewappnet, einig und stark im Vorbergründ des schweren Treffens zu finden sein. Dann, nur dann, kann und muß das gewaltige Werk gelingen. Arbeiter, Angestellte, bereitet euch unablässig dazu vor!

## Sozialisierung — Steinindustrie.

Die proletarische Klasse, die durch ihre festgefühten Organisationen bis vor dem Kriege gigantische Kämpfe bestand, hat sich schließlich der Kapitalmacht gegenüber dennoch als zu schwach erwiesen. Die kapitalistische Macht ist innerhalb und nach der Kriegszeit größer geworden. Nach Beendigung des größten aller Kriege war die Wirtschaft zerrüttet. „Arbeiten, hieß es, ist nun Pflicht, wir müssen wieder aufbauen!“ Theoretische Auseinandersetzungen darüber hat es reichlich gegeben. Nach Sozialisierung wurde gerufen. Von belanglosen Fällen abgesehen konnte dem Ruf mit Rücksicht auf die deutschen Zustände — wie man so sagte — nicht gefolgt werden. Die Arbeiterschaft, besonders im Baugewerbe, sah sich gezwungen, selbständig Hand ans Werk zu legen. Ernste, unermüdete Arbeit hat sie geleistet, Wege zu gehen, wie sie im Artikel „Vom Gildensozialismus“ geschildert sind.

Nur mit Widerwillen beginnen die meisten Proletarier ihr Tagewerk, ohne die Freude der sittlichen Pflichterfüllung. Das ist schon verständlich, wenn man das Gebaren einiger Herrenmenschen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft betrachtet. Zerrissen ist im kapitalistischen Heute der Pflichtbegriff. Die uns durch die Verhältnisse auferlegte Arbeitspflicht ist kalter Zwang, wodurch das Gefühl der sittlichen Pflicht verletzt und die Arbeitermasse nicht angepornt wird.

Der Sozialismus schreitet vorwärts. Der Staat resp. seine kapitalistischen Glieder müssen erst dazu erzogen werden. Hierzu bedarf es der Vorkarbeit der Arbeiterschaft, um gewissen Herrenmenschen das Unstittliche ihrer Ausbeutung klar zu machen.

Weil nun die Sozialisierung im Baugewerbe schon ziemlich festen Fuß gefaßt hat, so werfe ich die Frage auf: Können wir innerhalb unserer Steinindustrie soziale Betriebe gründen? Mit Ja möchte ich antworten! Selbstverständlich müssen wir vorsichtig operieren, damit diese Gründungen dem Ansturm des Kapitalismus nicht unterliegen. Aber haben wir den Ansturm der Unternehmer zu fürchten? An die großen Unternehmungen kommen wir nicht heran. Die kleinen Unternehmer, die kleinen Handwerksmeister beabsichtigen wir nicht damit tot zu machen; jeder soll leben! Aber zeigen wollen und können wir mit einem von uns zu gründenden Betriebe, was mit dem aus solchem Geschäft herauszuwickelnden Ueberfluß geleistet werden kann. Der Arbeiter wird die wahre Freude zur Arbeit wiedererlangen, wenn er sieht, wie der Reingewinn verwendet werden kann. Wir können dann zeigen, welche Menschheitsstreben sich bei solchem Arbeitsverhältnis entwickeln kann. Welch ein Idealismus erblüht bei solch einem Hineinwachsen von Kollegen, wobei keiner als Ausbeuter, keiner als Ausgebeuteter sich fühlt. Die Liebe zur Arbeit im eigenen Betriebe! Und solchen, von so hohen Zielen geleiteten Unternehmungen wollen die kapitalistischen Unternehmer sich entgegenstellen?

Kollegen! Ist es nicht an der Zeit, daß wir, im Hinblick auf den Sinn vorstehender Zeilen an die praktische Arbeit gehen? Schließen wir uns als Glieder der sozialen Baubetriebe, die schon in allen größeren Städten Deutschlands bestehen, an. Verteilten wir uns daran durch Erhebung von Extra- oder fortlaufenden Beiträgen, damit durch Erwerb (Pacht) geeigneter

Werkplätze, Sicherung von andauernden Rohstofflieferungen wird die von den Bauhütten zu übernehmenden Natursteinaufträge selbst anfertigen können.

Wieviel Gelder, vielfach wenig angegriffene Sparguthaben liegen auf Privatbanken und Sparcassen, die von Kollegen und Interessenten aus unserem Beruf ebenso zins- und nutzbringend bei, nach meiner Auffassung, sich groß entwickelnden Baugenossenschaften angelegt werden könnten. — Staat und Kommunen haben heute ein offensichtlich Interesse daran, den an den Submissionen sich beteiligenden soz. Baugenossenschaften Aufträge zu erteilen, die allen Beteiligten große Vorteile bieten zum Nutzen der Steuerzahler sowie für die in den betr. Genossenschaften arbeitenden Menschen. Wieviel Aufträge in Naturstein haben schon die Bauhütten den privatkapitalistischen Unternehmern übergeben müssen? Wieviel Ueberflüsse haben sich aus solchen Aufträgen in die meistens schon gefüllten Sädel der vielleicht organisationsfeindlichen Unternehmer versenkt? Nichts Soziales, der Allgemeinheit Dienendes ist dadurch geschaffen worden. Darum Kollegen, wollen wir anfangen, die Sache ernstlich zu betreiben im Interesse unserer selbst.

Auch dieses Problem gehört mit zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens. Hindert man uns daran und läßt man uns nicht gewähren, dann zeigt sich die Furcht der Gegner vor den von den Arbeitergenossenschaften etwa aufzubedenkenden Unternehmerpraktiken im Hinblick auf ihre schädlichen Wirkungen.

Berlin.

Östl.

## Tarif- und Feuerungszulagenverhandlung für den Reichs-Lohnstarif.

Die am 16. Juli in Würzburg abgebrochenen Verhandlungen über den Reichslohnstarif wurden am 18. August auf Drängen des Zentralverbandes der Steinarbeiter unter Vorsitz des Herrn Obering. Winter-Vayreuth als unparteiischer Leiter erneut aufgenommen, gleichzeitig wurde die vom 15. Juli ab beantragte Erhöhung der Feuerungszulage von 450 auf 550 Prozent als erster Verhandlungspunkt erledigt. Trotzdem die Forderung in Anbetracht der gesteigerten Lebens- und Bedarfsartikel als durchaus nicht zu hoch bezeichnet werden kann, wollten die Arbeitgebervertreter nur eine zweimalige Erhöhung von 50 und 25 Prozent mit Geltung bis 31. Dezember gewähren, und es bedurfte längerer Beratungen, bis folgendes Resultat erzielt wurde: „Die zur Zeit bestehende Feuerungszulage erhöht sich ab 15. August um 60 Prozent, am 1. Oktober um weitere 20 Prozent und am 1. November nochmals um 20 Prozent, so daß die geforderte Zulage am 1. November voll zur Auszahlung gelangt. Gleichzeitig verpflichten sich die Tarifkontrahenten in eine erneute Prüfung der Feuerungszulage einzutreten, wenn eine wesentliche Veränderung der Lebenshaltungskosten eintritt.“

Durch die Annahme dieser Bestimmung, sowie die Zuzicherung der Arbeitgebervertreter, daß dem Verbands zum nächsten Tarifabschluß Gelegenheit zu grundlegenden Änderungen gegeben wird, wurde der zur Zeit bestehende R. L. T. mit verschiedenen Verbesserungen bzw. Abänderungen bis zum 30. Juni 1922 verlängert.

Eine Aufstellung der Abänderungen erfolgt in der nächsten Nummer des „Steinarbeiter“.

## Amsterdam gegen Moskau.

III.

Da die Volkswirtschaften selbst die Diktatur nicht mehr ernst nehmen, kann wahrhaftig nicht verlangt werden, daß der Internationale Gewerkschaftsbund sich für sie ins Zeug legt. Deshalb ist er noch kein Vorkämpfer der bürgerlichen Demokratie; im Gegenteil weiß er besser und schon länger als die superklugen Leiter der 3. Internationale, daß in ihr niemals die sozialen Forderungen der Arbeiterschaft verwirklicht werden können. Und die Reaktion in allen Ländern verschärft nur diese Gewisheit.

Die bürgerliche Demokratie unterdrückt in Frankreich alle antimilitaristische Propaganda; sie duldet in England den Terror gegen das irische Volk, sie unterdrückt die irische, sozialistische Presse und mißachtet die Forderung der Bergarbeiter, die für gleiche Arbeit gleiche Löhne forderten; sie ist in Deutschland aufgestanden, die unverhüllten monarchistischen und militaristischen Freibreien auszusprechen. Die bloße politische Demokratie bietet keinen Schutz gegen den schrankenlosen Militarismus der Siegerstaaten und sein heimliches Fortwuchern bei den besiegten Völkern. Die Liquidation des

Krieges war eine Probe auf die Aufrichtigkeit der Friedensabsichtler der bürgerlichen Demokratie. Die Friedensverträge wurden Kundgebungen brutalen Machtwillens. Die Pfaffen sadenfeindiger Humanität, die sie verbergen wollten, verschärfen nur den Eindrud unversöhnlicher Ausbeuterpolitik. Der Völkerbund, der nur eine Begleiterscheinung dieser Politik war, konnte kein tatkräftiger Hüter sozialer Freiheit und Gerechtigkeit werden. Wo es um die Rechte des arbeitenden Volkes geht, genügt die Souveränität des kleinsten Duobezugslandes, seine Ziele zu sabotieren. Er ist eine Attrappe des Kapitalismus für harmlose, aber unverbesserliche Idealisten.

Für diese bürgerliche Demokratie kämpften die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörenden Gewerkschaften in keinem Sinn. Die Sozialisierung der Produktionsmittel, die ein wesentliches Ziel der Amsterdamer Internationale ist, setzt einen Volksstaat voraus, der mit dem bloßen politischen Parlamentarismus nicht auskommen kann. Die Produktionsdemokratie, auf der Grundlage der Betriebsräte konsequent entwickelt, ist eine Ueberwindung der bürgerlichen Demokratie in der Richtung des Sozialismus. Für sie gibt es in jedem Land eigene Möglichkeiten, individuelle Voraussetzungen und Formen. Das Nächtstsystem, Industrieverbände und Gilden werden erst in ihrer vollen Bedeutung gewertet werden, wenn Ingenieure und Betriebsleiter aus den Reihen der Gewerkschaften oder mit sozialistischem Geist durchdrungen den Willkür des Kapitalismus entgegengestellt werden können. Sozialisierung der Produktionsmittel ohne Erziehung der Geister in der Richtung zur Sozialisierung, ohne Ausbildung der Gewerkschaften zu Arbeiterarmeen für jeden Dienstgrad der Produktion ist eine unwirksame Drohung. Von den Gewerkschaften aus oder im Zusammenhang mit ihnen muß die Erweiterung der Front der Arbeiterbewegung erfolgen: Die Einbeziehung der Angestellten und Beamten, schließlich der Ingenieure und Betriebsleiter in den Kampf für die Sozialisierung. Sobald die Arbeiterschaft über genug Praktiker verfügt, die die Sozialisierung durchführen können, wird nichts sie zu hindern vermögen, das letzte und mächtigste Privileg der Kapitalisten zu zerstören: ihr Sachverständnis, das auf dem brutalen Monopol der Bildung beruht.

Die Gewerkschaftsbewegung ist nur ein Teil der proletarischen Bewegung, deren leitender Gedanke die Befreiung der Arbeiterklasse, die neue Gesellschaft ist.

Die Gewerkschaftsbewegung wird im Verlauf ihrer Kämpfe in jeder Nation zu sozialistischen Zielen geführt. Der Bergarbeiterstreik in England ist ein Beweis dafür aus letzter Zeit, auch wenn die Ziele nicht in sozialistischer Terminologie formuliert werden; auch dann, wenn in den konkreten Forderungen der Gewerkschaften mit bewußter Sorgfalt jede Anspielung auf sozialistische Hoffnungen vermieden werden oder sogar das Streben nach sozialistischen Zielen ausdrücklich bekämpft wird. Die fortwährenden parteiprogrammatische Betonung der allgemeinen Ziele der Arbeiterbewegung ermüdet um so mehr, als die Gewerkschaften jetzt in einer Phase ständiger Verwirklichung ihrer Ideen im eigenen Land stehen, weil konkrete Probleme sie beschäftigen, weil Positionen erobert werden sollen, von denen aus immer wieder neue Orientierung gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft notwendig wird; Frontveränderungen, neue Vorschläge, die in jedem Staat andere sein müssen.

Der russische Zentralismus, die Diktatur der Führer über die Partei, die Diktatur der Partei über die Gewerkschaften verrät einen tiefen Mangel an Vertrauen in die Klasseninstinkte der Arbeiterenschaft in den verschiedenen Ländern. Vielleicht deutet sie sogar einen besorgniserregenden Unglauben an ihre eigene Ueberzeugung an, daß der Sozialismus ein zwangsläufiges Ergebnis des wirtschaftlichen Lebens und der proletarischen Aktion sein werde.

Es ist eine billige, aber deshalb nicht weniger schamlose demagogische Deuterei, den Gegensatz Amsterdam-Moskau in die Alternative: Bürgerliche Demokratie oder Diktatur des Proletariats pressen zu wollen.

Abgesehen davon, daß Moskau schon seit geraumer Zeit kein so prinzipienfester Anhänger der Diktatur des Proletariats mehr ist — eins steht jedenfalls fest: die Amsterdamer Internationale hat für die bürgerliche Demokratie ebensowenig übrig wie für die russische Diktatur.

## Aus den Zahlstellen.

Zur Beachtung. Solidarität. Die Gauleitung vom 2. Gau schreibt: Aus sicheren Quellen ist ihr bekannt, daß in einigen Schotterwerken Sachsens und der Oberlausitz von den Kollegen Ueberstundenarbeit und Doppelschichten von den Arbeitgebern gefordert und von den Kollegen geleistet werden, um die vorhandenen großen Aufträge liefern zu können. Dagegen sind unsere Verbandskollegen in Schlesien in fast allen Schotterwerken zum Teil arbeitslos, zum andern Teil müssen sie stark verkürzt arbeiten, weil es an jeglichen

## Die Bodenschätze Deutschlands an Natursteinen.

III.

Wir kommen zu den Sandsteinen des Mesozoikum. Die germanische Trias ist eine der wichtigsten, wir können sagen die wichtigste Sandsteinformation Deutschlands. Sowohl der untere Teil: der Buntsandstein, wie der obere Teil, Keuper, enthalten wertvollsten Bausteinmaterial. Bismarck nannte zwar den Buntsandstein das nationale Unglück Deutschlands, aber was diese Formation — wegen ihrer mangelhaften Ertragsfähigkeit des Bodens — an Nachteilen zeigt, macht sie wenigstens bis zu einem gewissen Grade durch ihr Gesteinsmaterial wieder gut.

Der zweite wichtige Sandsteinhorizont ist der Keuper mit seinen Unterabteilungen und der dritte die Kreide, untergeordnet kommt als vierter der des Tertiärs dazu. — Wir wollen nun aus praktischen Gründen bei der Behandlung der Vorkommnisse diese verschiedenen Sandsteinvorkommnisse zusammenfassen, zumal wegen der bezeichnenden gemeinsamen Eigentümlichkeiten der Sandsteine die Verwendungsarten vielfach die gleichen sind, wenn auch gewisse Sandsteine wieder besonders günstige Eigentümlichkeiten für Sonderverwendung aufweisen. — Gemeinsam ist allen der Mangel an Politurfähigkeit. Große Verschiedenheiten treten — zum Teil im gleichen Bruch sogar — auf, je nach Korngröße und Kornbeschaffenheit, nach Kornbindung und Bindemittel, nach Farbe, Rauigkeit, Wetterbeständigkeit und Säurefestigkeit usw. Verschieden ist die Verwendbarkeit derselben — wie bei allen Vorkommnissen von natürlichen Steinen — je nach Größe der gewinnbaren Platten und Blöcke.

Die Gruppe der Sandsteine liefert in erster Linie ein vorzügliches Baumaterial: Werksteine, Stulpursteine; bei stärkerer Verklebung werden auch Straßen- und Pflastersteine gewonnen. — Die Sandsteine stellen das beste und wichtigste Material für Mühlsteine, Schleifsteine usw. zu den verschiedensten Zwecken für die mannigfachen Industrien dar. — Sie finden Verwendung in der Werkzeug-, Papier-, Säureindustrie usw., kurz sie spielen eine sehr wichtige Rolle für Technik und Wirtschaft. Sandsteine liefern alle möglichen Genden Deutschlands und Sandsteinindustrien — vielfach mit ganz besonderer, durch die Beschaffenheit der betreffenden Sandsteinart bedingten Spezialverwendung — sind weit verbreitet.

So finden wir im Saundbergschen Sandsteine des Buntsandstein und Keuper; wir sehen dort Kalksandsteine des Jura und der Kreide (Wealden, Albion). Das gleiche gilt für das Braunschweiger Gebiet, wo allerdings die Kreidesandsteine überwiegen; ähnlich liegen die Verhältnisse in der Provinz Sachsen und im Anhaltischen. Die Rheinprovinz besitzt außer den paläozoischen Sandsteinen solche aus der Trias, wozu für Westfalen noch die Kreidesandsteinvorkommen treten. Schlesien besitzt Sandsteine in fast allen

dort anstehenden Formationsabteilungen. — Hier ist neben der Hartstein- und Marmorindustrie auch eine hochentwickelte Sandsteinindustrie entstanden.

Sehr wichtig sind die vorzüglichen Vorkommen im Elbsandsteingebirge des Staates Sachsen. Sie gehören der Kreideformation an. Die Niedererschöner Schichten wie die vier Quadersandsteinhorizonte liefern wertvolles Bau- und Mühlsteinmaterial usw.

In Thüringen ist wieder die Trias (Buntsandstein und Keuper) Lieferant für gutes Material.

Das gleiche gilt für Süddeutschland, wo in der Rheinpfalz, in Hessen, Baden, Württemberg und Bayern uner schöpfliche Fundgruben für triadische Sandsteine vorhanden sind.

Odenwald und Schwarzwald, sowie die Fortsetzung der Triasregion nach Schwaben und Franken enthalten erstklassiges Buntsandsteinmaterial.

Schon bei der bloßen Nennung von Main und Neckar steigen die malerischen Flußufer dieser schönen Buntsandsteinlandschaften vor unserer geistigen Auge auf und wir verbinden mit diesen Bildern auch den Begriff hervorragender Sandsteinindustrien.

Überall im Süden, im speziellen Südwesten Deutschlands legen besonders die Bauwerke aus der romanischen und der gotischen Epoche Zeugnis für die gleich malerisch wirkfame wie beständige Baumaterial ab. Außer zu Baumaterial ist die Verwendung des Neckarsandsteins zur Auskleidung von Säuretürmen der chemischen Industrie zu erwähnen, und zwar als unübertroffenes Material.

Alle genannten Gebiete haben größten Anteil an der Lieferung von Triasandsteinen.

Auch der Keuper stellt einen reichen Anteil an gutem Sandsteinmaterial.

In Schwaben und Bayern treten noch Jurasandsteine (Angulaten Sandsteine) und Eisen Sandsteine (Personaten Sandsteine), in Bayern überdies noch Kreidesandsteine (des Cenoman und Grün Sandstein der Kreide: Grünter), sowie Mollasse Sandsteine dazu.

Für die Tertiärgebiete Deutschlands sind auch noch die Sandsteinvorkommnisse aus dieser Formation zu nennen.

Eine weitere Gruppe bilden die sekundär veränderten Gesteine, von denen die durch die Wirkung von Schmelzflüssen beeinflussten Kontakt metamorphen Bildungen an den Kontakthorizonten zum Teil praktisch große Bedeutung erreichen. Fruchtstiefer, Hornfelse, injizierte Tonstiefer und Gneise sind Bildungen, die durch diese Beeinflussung zum Teil große Widerstandsfähigkeit gewonnen haben und dadurch zu bestimmten Zwecken, im speziellen zu In-Schotter-Splittgewinnung geeignet wurden. — Die durch Druckwirkung dynamometamorph veränderten Gesteine zeigen ganz besondere, für spezielle Verwendungen ausschlaggebende Eigenschaften, Biegungsfestigkeit: Treppenstufen, Balkonplatten. Die durch Druck erzeugte bzw. gesteigerte, ausgeprägte Parallelstruktur und die damit zusammenhängende Spaltbarkeit in seine Platten bedingen die Art der Verwendung. Derselbe gibt es auch Schiefer mit primärer Parallelstruktur (Lias).

Gneise, kristalline Schiefer, Tonstiefer, Dachstiefer, Weichstiefer sind wichtige Materialien in dieser Gruppe.

Wir wollen hier nur kurz erwähnen, daß es unter der sehr verschiedenartig beschaffenen Abteilung der Gneise neben unbrauchbarem auch sehr gutes Material für Bau- und Schottergesteinengewinnung gibt, die örtliche Verwendung finden und in allen kleinen Teilen der deutschen Mittelgebirge zu Hause sind.

Eine weitaustragende Schiefer-Industrie hat sich in den Gegenden entwickelt, in denen im Paläozoikum gebirgsbildende Vorgänge gewirkt und alte Tongesteine geschiefert haben. — So weist der Harz Schieferbrüche auf; Schlesien hat neben guten Dachstiefen in sehr wertvolle Quarzstiefer, die hohe Temperaturen aushalten. — In Sachsen findet Abbau von Dachstiefen statt, insonderheit aber in Thüringen. Das letztgenannte Gebiet ist eines der zwei großen deutschen Zentren der Dachstiefer-Industrie und es genügt die Namen Lehesten und Schwarzwald zu nennen. Dazu kommt Griffel- und Westfalingewinnung. Westfalen produziert gleichfalls erstklassiges Dach- und Tafelstiefermaterial von großer Säurebeständigkeit, welches für mannigfache technische Zwecke und Apparaturen Verwendung findet.

Das zweite Hauptzentrum der Schieferindustrie ist das des Rheinischen Schiefergebirges, wo ein vorzügliches Material in reichem Maße ausgebeutet wird.

Bayern besitzt einige Dach- und Tafelstiefer-Vorkommen in Oberfranken. Württembergs Lias liefert Schiefer zu verschiedenster Verwendung.

Ich muß es mir versagen, noch auf die vielerlei besonderen Einzelvorkommnisse einzugehen, wo noch weiteres Material zu verschiedenartigster Verwendung in Deutschland abgebaut wird. Unendlich viele Natursteine werden weiterer mechanischer und chemischer Verarbeitung unterworfen und dienen den mannigfachsten Industrien.

## Der Steinklopfer.

Von Karl Hendell.

Ich bin kein Minister,  
Ich bin kein König,  
Ich bin kein Priester,  
Ich bin kein Held;  
Mir ist kein Orden,  
Mir ist kein Titel,  
Verliehen worden  
Und auch kein Geld.  
Dich will ich kriegen,  
Du harter Plocker,  
Die Splitter fliegen,  
Der Sand staubt auf —  
„Du armer Flegel,  
Mein Vater brummt,  
„Nimm meinen Schlegel“;  
Und starb darauf.  
Heut hab ich Armer  
Noch nichts gegessen,  
Der Allerbarmer  
Hat nichts gesandt;  
Von goldnem Weine  
Hab ich geträumt  
Und klopfte Steine  
Fürs Vaterland.

Aufträgen mangelt. Der bis jetzt verkürzt arbeitende Teil ist in absehbarer Zeit ebenfalls von gänzlicher Erwerbslosigkeit bedroht. Im Namen all dieser schicksalhaften Verbandsmitglieder und deren notleidenden Familien fordere ich die Kollegen in denjenigen sächsischen Schotterwerken, wo Heberstunden und Doppelschichten geleistet werden, auf, diese Mehrarbeit einzustellen, und dadurch Solidarität mit den darübenden Kollegen zu zeigen. Auch in Sachsen gibt es Schotterwerke, die nur zum Teil beschäftigt sind und Entlassungen vornehmen müssen, auch diese fordern, daß Solidarität geübt wird. Die Gewinnsucht der einzelnen Arbeitgeber ist zu groß, um sie dazu kommen zu lassen, einen Ausgleich der Lieferungen herbeizuführen. Es ist der Gewerkschaft bekannt, daß man sich auf der Reichsteinstärke wegen dieser widersinnigen Verhältnisse auseinandersetzen hat. Kollegen, es ist an uns, diesen widersprüchlichen Zuständen, die vom Egoismus der Unternehmer noch gefördert werden, gewisse Schranken zu setzen, um nicht einen erheblichen Teil unserer eigenen Arbeitskollegen auf der Straße sitzen zu lassen, während anderwärts Tag und Nacht Heberstunden geleistet werden. Kollegen dieser Betriebe zeigt, daß ihr Gewerkschaftler, daß ihr Sozialist seid! Keine Heberstunde, keine Doppelschicht, solange unsere Kollegen angrenzender Betriebe oder Bezirke arbeitslos sind oder zu den niedrigen Lohnsätzen verkürzt arbeiten müssen. Sorgt deshalb mindestens für Neueinstellungen. Soweit staatliche Aufträge in Frage kommen, werden noch besondere Schritte eingeleitet. Hoch die Solidarität!

**Ströbel.** In Nummer 33 vom 13. August unter Ströbel ist eine Notiz enthalten, die einer Nichtigstellung bedarf. In der Notiz heißt es:

„Laut Schlichtungsausschuß beläuft sich die Teuerungszulage auf 429 Proz., aber leider erhalten die ledigen Kollegen nur 419 Prozent, wogegen in Kalkhaus und bei der Firma Delsner durchweg 429 Prozent gezahlt werden.“

Das sieht so aus, als wenn die Firma Schall 10 Prozent für sich behält. Das ist jedoch nicht der Fall. Wichtig ist, daß die ledigen Kollegen 419 Prozent erhalten, Verheiratete mit zwei Kindern 429 Prozent und Verheiratete mit drei und mehr Kindern 439 Prozent. Im Frühjahr 1919 wurde eine Vereinbarung von der ganzen Belegschaft der Firma Schall in Ströbel geschlossen, daß die ledigen Kollegen zugunsten der kinderreichen Familienbater 10 Proz. abgeben. Also die 10 Proz., welche die ledigen Kollegen weniger erhalten, fallen den kinderreichen Arbeitern zu. Die ledigen Kollegen sollten doch dieses wissen und nicht verschwiegen haben, sie waren doch mit dabei, wie der vorstehende Beschluß gefaßt wurde. Darum brauchen sie nicht an die Öffentlichkeit treten, wenn obiger Beschluß umgestoßen werden soll, läßt es sich schon in der Betriebsversammlung regeln.

August Kunzsch, Vorsitzender.

**Bunzlau.** Auf verschiedene Anfragen über die Lohnverhältnisse im hiesigen Bezirk, folgendes zur Mitteilung: Die zur Zeit geltenden Löhne betragen für Steinmetzen im Zeitlohn pro Stunde 5.50 M.; im Akkord erfolgt zu den Friedenslöhnen ein Teuerungszuschlag von 575 Prozent auf Bauarbeit und von 655 Prozent auf Denkmalarbeit. Lohngarantie auf Denkmalarbeit 80, 90 und 100 Prozent des Zeitlohnes, je nach Leistung; auf Bauarbeit nach den Bestimmungen des A.A. Die Arbeit ist zur Zeit meistens glatt; nur sehr tüchtigen Steinmetzen ist es möglich, über den jetzigen Zeitlohn zu verdienen.

Die Bezirksleitung.

**Berlin.** Kombinierte Versammlung am 22. Juli im Gewerkschaftshaus. Die Abrechnung vom 2. Quartal wird genehmigt. Im Anschluß daran beschließt die Versammlung, den noch nicht zur Auszahlung gebrachten Betrag der Extrasteuer erst im Herbst zu verteidigen. — Zum Wiederaufbau des Leipziger Volkshauses hat der Vorstand 1000 Mark bewilligt. Hiergegen wendet sich eine Reihe von Rednern. Sie sind der Ansicht, daß die Regierung die Kosten des Wiederaufbaues zu tragen hat. Nach lebhafter Debatte erklärt sich die Versammlung mit großer Majorität mit der Bewilligung einverstanden. — Wenzel gibt nun einen Bericht über die letzten Vorgänge im Gewerkschaftshaus bei der Demonstration der Erwerbslosen. Nitsche ergänzt denselben durch Schilderung seiner Eindrücke. Der Kollege Holzjäger, der als Arbeitsloser zugegen war, hat einzelne Dinge anders gesehen und gehört. Nach längerer Ausführungen empfiehlt er folgende Resolution zur Annahme: „Die am 22. Juli 1921 im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der Steinmetzen Berlins nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß anlässlich der Demonstration der Arbeitslosen für die Durchführung der 10 Forderungen des A.O.G.B., den Arbeitslosen die Räumlichkeiten im Gewerkschaftshaus zur Abhaltung einer Versammlung verweigert wurden und daß das Gewerkschaftshaus im Einverständnis mit der Gewerkschaftsleitung am Tage der Demonstration durch ein starkes Polizeiaufgebot gesperrt war. Die Versammlung erklärt, daß die Gewerkschaftsführer kein Recht haben, den Mitgliedern der Gewerkschaften den Zutritt zu ihrem eigenen Gebäude zu verweigern. Derartige Maßnahmen sind nicht geeignet, die Einheitsfront des Proletariats für die Durchführung der 10 Forderungen des A.O.G.B. zu schaffen. — Die Versammlung verlangt von ihren Beauftragten, den Gewerkschaftsführern, daß sie als ihre Beauftragte sich dafür einsetzen, daß diese Forderungen nunmehr in die Tat umgesetzt werden.“ Zwischen Nitsche und Holzjäger entzündet sich eine lebhaft Auseinandersetzung. Der Kollege Martens empfiehlt folgende Resolution: „Die am 22. Juli im Gewerkschaftshaus tagende Vollversammlung der Steinmetzen Berlins nimmt Kenntnis von den Vorgängen im Gewerkschaftshaus anlässlich der Arbeitslosendemonstration. Die Versammelten verurteilen es aufs Schärfste, wenn von gewisser Seite die Not der Erwerbslosen dazu benutzt wird, die Arbeitslosen gegen die Gewerkschaften auszuspielen; denn nur daraus konnten die Gewalttaten der zum allergrößten Teil unorganisierten Arbeitslosen gegen Eigentum und Angehörte der organisierten Berliner Arbeiterbewegung im Gewerkschaftshaus entstehen. Diese Hege gegen die Gewerkschaften liegt nur im Interesse der Reaktion, da sie die Gefahr der Zersplitterung des festesten Bollwerks gegen die Reaktion zeitigt und dadurch die Arbeiterbewegung zur vollständigen Ohnmacht verurteilt. Die Versammelten erkennen die Notlage der Erwerbslosen nicht, zumal sie dieselbe durch häufige und lange Arbeitslosigkeit an eigenen Leibe kennen gelernt haben. — Die Not der Erwerbslosen und auch der arbeitenden Bevölkerung kann aber nur durch gemeinsamen Kampf der Arbeitenden und Arbeitslosen gegen das Ausbeutertum beseitigt werden, niemals aber durch Kampf des Arbeiters gegen den Arbeiter. Aus dieser Erkenntnis heraus fordern die Versammelten alle Arbeitenden und Arbeitslose auf, sich in den Gewerkschaften zu organisieren und dadurch die Grundlage für einen aussichtsreichen Kampf gegen den Kapitalismus zu schaffen.“ Nach lebhafter Debatte und Annahme eines Antrages auf Schluß der Rednerliste wird die Resolution Martens angenommen! Wegen grober Verstöße gegen die Verbandsinteressen soll gegen die Kollegen S. Keller, Lazarus, Opiß und Braun das Ausschlussverfahren eingeleitet werden. Dem Kollegen Ruch wird wegen Denunziation eine scharfe Rüge erteilt. Die Versammlung ist damit einverstanden. Bei den Unternehmern der Werkstein- und Grabmalgruppe ist eine Teuerungszulage von 20 Prozent beantragt worden. Die Marmorarbeiter wollen Lohnforderungen stellen. Hiergegen werden keine Einwendungen gemacht. Die kommunistische Fraktion hat dem Vorstand folgenden Antrag unterbreitet: „In Anbetracht der immer mehr und mehr um sich greifenden Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Betriebsschließungen sind die Unterzeichneten der Ansicht, daß zur Durchführung der 10 Forderungen des A.O.G.B. endlich energische Schritte unternommen werden, daß so schnell wie möglich eine kombinierte Versammlung der Steinmetzen Berlins einberufen wird mit der Tagesordnung: Die Forderungen des A.O.G.B. und wie können die 10 Punkte praktisch durchgeführt werden.“ Nach längerer Debatte wird der Antrag angenommen. Hierauf Schluß der Versammlung.

**Würzburg.** Am 7. August tagte eine gute Besetzung der Versammlung. Die sich mit den Lohnverhältnissen beschäftigte. Einmütig kam zum Ausdruck, daß unser Beruf zum schärfsten bezahltesten am hiesigen Orte gehört, so am 2. Markt pro Stunde hinter den ungelerten Arbeitern steht. Trotzdem herrscht „Hochkonjunktur“ in allen Betrieben. Folgende Resolution fand Annahme: „Die im Restaurant Wittnack tagende Steinmetzenversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der abermaligen durch nichts begründeten Verteuerung des Brotgetreides, nämlich einer Verteuerung des Brotes, dem hauptsächlichsten Nahrungsmittel des Arbeiters. Die Versammelten protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die Brot- und Bierpreiserhöhung, sowie gegen jede weitere Erhöhung und indirekten Verteuerung aller Lebens-, Genuss- und Bedarfsartikel, die der Arbeiter zu seinem und seiner Familie Lebensunterhalt

benötigt. Die Versammelten erblicken durch die Verteuerung der Brot- und Getreidepreise durch den Reichstag und der Regierung eine Ausbeutung und Verelendung der werktätigen Bevölkerung zugunsten einer kleinen Schicht Großgrundbesitzer und Landwirte. Durch diese Verschlechterung ihrer Lebenslage sehen sich die Steinmetzen veranlaßt, abermals an die Unternehmer mit einer Lohnforderung heranzutreten, in der Erwartung, daß die Unternehmer diese reiflos anerkennen und berücksichtigen, zumal die letzte Teuerungszulage nach keiner Richtung den damals bestehenden hohen Lebensmittelpreisen Rechnung trug. Die Versammelten beauftragen die Lohnkommission, eine 100prozentige Erhöhung des Stundenlohnes und eine 200prozentige des Akkordtarifes bei den Unternehmern einzureichen, mit allem Nachdruck zu vertreten und selbst vor dem schärfsten Kampfmittel nicht zurückzuschrecken, da ein Ende mit Schrecken einem Schreden ohne Ende vorzuziehen ist. Des weiteren werden die Gewerkschaftsbelegierten beauftragt, im Kartell dafür zu sorgen, daß vom Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes energisch Protest erhoben wird bei der Regierung gegen die hohen Getreidepreise, sowie gegen jede weitere indirekte Besteuerung von Nahrungs-, Genuss- und Bedarfsartikeln, welche zum Lebensunterhalt des Arbeiters benötigt werden. Denn eine weitere Belastung des Arbeiters würde eine vollständige Verelendung und Stetium des werktätigen Volkes zur Gefolgschaft haben. Im weiteren geloben die Versammelten, in Zukunft nur diesen Parteien Anhänger zu leisten, die sich mit aller Schärfe für die Interessen der Arbeiterbewegung einsetzen, die übrigen aber mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen.“ Nach einem sachlichen Vortrag über die Bedeutung der Sozialen Bauhütte, gehalten vom Vorsitzenden der Sozialen Bauhütte, Kollegen Wittsch, wurde mit allen gegen drei Stimmen beschlossen, prinzipiell derselben beizutreten, die Stammeinlage zur G. m. b. H. von 1000 M. erst nach Abschluß der Lohnbewegung zu leisten. Im Punkt Verchiedenes wurde der Versammlungsbericht in Nummer 29 des „Steinarbeiters“ nochmals zur Sprache gebracht, wegen der Veröffentlichung der ehemaligen Verbandsmitglieder Anton de Mattia und Valentin Keiser. Es wird festgestellt, daß dem Berichterstatter des Versammlungsberichts ein Schreibfehler insofern unterlaufen ist, daß beide keine Kriegsgewinnler und Händler sind und waren, sondern während des Krieges Seeresdienst geleistet haben. Diese scheinbar beleidigenden Worte (Kriegsgewinnler und Händler) werden hiermit auf Beschluß der Versammlung zurückgenommen. Nachdem der Vorsitzende zur freien Zusammenarbeit und Einigkeit ermahnt und auf die schwere Zeit hinwies, schloß er die imponente verlaufene Versammlung.

## Streik und Arbeitsaufnahme in der Werksteinindustrie des Fichtelgebirges.

Die Kollegen sind durch den „Steinarbeiter“ darüber unterrichtet, daß alle bisher gepflogenen Verhandlungen zur Erneuerung der Tarife in der bayerischen Hartsteinindustrie gescheitert sind. Kein Wunder, wenn den Kollegen jedes Vertrauen, daß erneute Verhandlungen zum Ziele führen, vollständig verloren ging. Am 16. August griffen aus diesen Gründen die Kollegen der Werksteinindustrie des Fichtelgebirges zur Selbsthilfe. In den Orten Kirchenlamitz, Gefrees, Trütschel und Reinerseuth wurde am genannten Tage von 650 Kollegen die Arbeit niedergesetzt.

Die Kollegen forderten, daß unabhängig von den Tarifverhandlungen die Teuerungszulage ab 8. August um 100 Prozent erhöht wird.

Bereits am 18. August fanden in Kirchenlamitz die Verhandlungen mit den Unternehmern statt. Nach stündiger Verhandlung waren die Unternehmer bereit, die Teuerungszulage ab 8. August um 65 Prozent und ab 15. September 1921 um weitere 50 Prozent zu erhöhen. Von diesem Zugeständnis waren die Kollegen nicht besonders erbaut. Aus Hof, wo zu gleicher Zeit über den M. u. T. verhandelt wurde, war mittlerweile die Nachricht eingetroffen, daß dort die Teuerungszulage in einem für die Kollegen noch ungünstigeren Sinne geregelt wurde. In diesem Falle blieb den Kollegen der Werksteinindustrie nichts anderes übrig, als obiges Zugeständnis ebenfalls anzunehmen. Befriedigt sind die Kollegen der Werksteingruppe von diesem Ergebnis absolut nicht. Wir waren uns aber bewußt, daß nach dem Ausgang der Hofer Verhandlungen auch für uns durch Weiterstreiken nicht viel mehr zu erreichen war. Demnach wird also für die Kollegen des Fichtelgebirges in der Werkstein- und Plasterbranche die Teuerungszulage ab 8. August von 435 auf 500 Prozent und ab 15. September von 500 auf 550 Prozent erhöht. Die Arbeit wurde bereits am 19. August wieder aufgenommen.

Ob die Unternehmer des bayerischen Waldes, ebenso die Unternehmer der bayerischen Schotterwerke aus diesem Kampf im Fichtelgebirge die Lehren ziehen und für ihre Arbeiter die Teuerungszulage in gleicher Weise erhöhen? Das Ergebnis im Fichtelgebirge ist so gering, daß jedenfalls keine Rede davon sein kann, für die übrigen Hartsteinarbeiter in Bayern etwas anderes zu gewahren, oder etwa für diese Arbeiter die Teuerungszulage noch niedriger zu bemessen. Wir können den Unternehmern nur empfehlen, auch in der übrigen bayerischen Hartsteinindustrie so rasch als möglich dem Beispiel des Fichtelgebirges zu folgen. G. Schmidt.

**Offenburg.** Am 7. August fand hier eine Konferenz der Plasterer-Zahlstellen von Mittelbader statt. Vertreten waren fünf Zahlstellen, außerdem der Gauleiter Sarfert und der Bezirksleiter Fuchs. Zur Beratung stand die neue Lohnforderung und gewerkschaftliche Fragen. Nach längerer Aussprache einigte man sich auf eine 25prozentige Erhöhung der Löhne. Diese Forderung soll umgehend eingereicht werden. Zu den Verhandlungen haben die Zahlstellenvertreter die nötigen Unterlagen über Löhne und Lebenshaltungskosten am Ort mitzubringen. Ferner wurde eine Richtlinie festgelegt, wie und von wem die Verhandlungsteilnehmer zu entsandigen sind. Vom Kollegen Fuchs wurde die richtige Beitragszahlung nach dem Verdienst und Statut den Anwesenden dringend empfohlen.

**Raumünzsch.** Unsere Versammlung vom 8. August war von fast allen Kollegen besucht. Nur wenige fehlten, die wirklich nicht erscheinen konnten. Es macht einen ermutigenden Eindruck, wenn man von einer Zahlstelle solches berichten kann. (Was ja leider nicht überall der Fall ist.) Gauleiter Sarfert nahm dann die bewilligte Teuerungszulage nochmals durch und erwähnte, daß ja die Höhe derselben nicht unserm Verlangen und auch bei weitem nicht der Höhe der schon längst eingetretenen Teuerung entspricht. Eingegangene Beschwerden stellte er richtig, was ihm auch gut gelang. Die betreffenden Kollegen fühlten sich bewegt, ihr vorläufiges Handeln einzusehen. Auch die Wahl eines zweiten Vorsitzenden hatten wir vorzunehmen, die auf den Kollegen Joh. Eisner fiel. Die Kollegen Meisinger und Gattum machten den Vorschlag, sofort wieder eine den fortwährenden Preissteigerungen gleichlaufende Lohnerhöhung einzureichen, was auch einstimmig beschlossen wurde. Zum Schluß sind die Kollegen vom Murgtal nochmals erjucht, wie in der letzten, so auch in allen Versammlungen vollständig zu erscheinen, denn wir haben es gerade in der jetzigen Zeit besonders nötig, unsere ganze Kraft und Energie auf einen Punkt zu konzentrieren, das ist die Gleichhaltung unserer Löhne mit der zunehmenden Teuerung. Die Wahl des neuen Kassierers, die vorgenommen wurde, ist durch seine Abreise gegenstandslos geworden und muß in der nächsten Versammlung wiederholt werden.

**Löbau-Opfisch.** Versammlung am 8. und 9. August. In beiden Versammlungen wurde kritisiert, daß nach dem Scheitern der Verhandlungen des M.-L. noch keine weitere Fortschritte in der Sache bekannt sind. Die Kollegen sind nicht gewillt, länger zuzusehen, sondern wollen das äußerste Mittel anwenden, um die Einköpfung mit der Teuerung in Einklang zu bringen. Zwei Anträge wurden angenommen, die dem Zentralvorstand übermitteln werden sollen. Die laufende Verhältnisse, Verhalten der Unternehmer, ihre Absicht über den kommenden Tarif usw. wurden eingehend besprochen. Den Versammlungen wurde Mitteilung gemacht, daß die Klage (Firma Kumpff u. Co.) betreffend Lohnforderung für Zeitlohnarbeiter durch das Gewerbeamt Löbau zu

unsern Gunsten entschieden ist, die Firma aber Berufung eingelegt hat. Am 17. August findet in der Sache in Bautzen Termin statt. Bei der Firma Hantusch (Sohland) gibt's sogar Prügel. Der Firmeninhaber, ein wohlhabender und gutgenährter Hünegestalt, griff einen anderen Kollegen von hinten an, schüttelte und schimpfte ihn so, daß der Bestreffende heute noch arbeitsunfähig ist. Die Angelegenheit ist dem Gericht übergeben. Vom Vorsitzenden wurde gewünscht, die Krankmeldung pünktlicher vorzunehmen und die Beitragsleistungen je nach Stundenlohn zu erfüllen, denn wer Rechte geltend macht, muß auch Pflichten übernehmen. Kritisiert wurde das Verhalten einiger Kollegen (Hilfsarbeiter), die den Akkordvertrag auf Grund der niedrigen Löhne zu ignorieren suchen. Es wurde festgestellt, daß die Arbeitszeit auf 10 Stunden ausgedehnt wurde. Ein Antrag, für das Gewerkschaftshaus in Leipzig 200 M., für den Denkmalsfonds für Staudinger 100 M. zu bewilligen, fand in Löbau Annahme. In Opfisch wurde 1. Punkt einstimmig abgelehnt, 2. Punkt wurde angenommen.

**Kitau.** Am 9. August fand im neuen Gewerkschaftshaus eine gute Besetzung Mitgliederversammlung statt. Es wurde einstimmig beschlossen, die Arbeitgeber zur Verhandlung einzuladen. Hierzu wurde die Lohnkommission von 3 auf 5 Kollegen verstärkt. Bei Punkt Verchiedenes erstattete der Kassierer den Kassierbericht. Weiter kam zur Aussprache, die Sperre aufrecht zu erhalten und nach dem Betrieb Ostasch Hirsch, Hirschfeld, ebenfalls zu sperren. Ferner wurde noch kritisiert, die Interessiertheit einiger Kollegen.

**Bürgstadt a. M.** Hier fand am 14. August eine Bezirksversammlung der Maintalsteinarbeiter statt, die mit Ausnahme der Orte oberhalb Fischenbach sehr gut besucht war. Kollege Lohse referierte über den letzten Wdassenerburger Schiedsspruch und die Verhandlung vor dem Landeseinigungsamt. Der Schiedsspruch wurde nun von den Unternehmern anerkannt. Es gelten somit folgende Stundenlöhne ab 5. Juli 1921: Steinmetzen 1. Klasse 4.20 M., 2. Klasse 3.90 M., 3. Klasse 3.70 M., Brecher und Bossierer 4 M., Hilfsarbeiter und Räumer 3.80 M., jugendliche Arbeiter erhalten von 14 bis 16 Jahren 1.70 M., 16 bis 17 Jahren 2.10 M., 17 bis 18 Jahren 2.50 M., 18 bis 19 Jahren 3.20 M., Arbeiter über 19 Jahre sind als voll zu bewerten. Lehrlinge erhalten im ersten Halbjahr 5 M., dann steigend jedes Halbjahr um 2.50 M., so daß im letzten Halbjahr 17.50 M. pro Tag zu zahlen sind. Ueber das übrige Arbeitsverhältnis wurde nachfolgendes vereinbart: Ab 15. August 1921 tritt bei Steinmetzakkordarbeit der Normaltarif für das Fränkische Muschelkalksteingebiet in Kraft mit der Maßgabe, daß: a) 95 Proz. des Stundenlohnes garantiert werden; b) für das Grundmaterial des Maintales 80 Proz. des Tarifes bezahlt wird; c) die Teuerungszulage 450 Proz. beträgt; d) für die Härtebewertung der Normaltarif vom Mai 1911 (Seite 36) gilt. (Für diejenigen Materialien, die in dieser Skala nicht vorgehoben, erfolgt die Regelung der Zuschläge betriebsweise unter Zuziehung der Betriebsräte. B.H.G.) e) Bei Akkordarbeiten sind die nach Maß bestellten Steine für die Steinmetzen zum Aufhängen bereitzustellen. Nimmt mehrere Arbeit eine längere Zeit als 1/2 Stunde in Anspruch, so ist der Mehrzeitaufwand zu vergüten; f) Für ausreichende Werkzeuge und Schutzeinrichtungen ist vom Arbeitgeber zu sorgen; g) Die Arbeitgeber verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß die Arbeitsschritte in den Betrieben gleichmäßig durch die Poliere verteilt werden. Diese für die Vereinbarung aufgeführten Bestimmungen gelten auf die Dauer von drei Monaten, das ist: der 15. November 1921. Streitigkeiten aus dieser Vereinbarung sind durch eine sofort zu berufende Schlichtungskommission, bestehend aus je zwei Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zu entscheiden. Die Schlichtungsergebnisse erhalten prozentual auf die Akkordarbeit dieselbe Erhöhung wie die Steinmetzen 1. Klasse, das sind rund 10 Proz. Für Muschelkalksteinarbeiten gilt der Muschelkalksteintarif mit der dortigen Teuerungszulage ohne jeden Abzug, jedoch nur mit 80 Proz. Lohngarantie, dafür werden aber den jeweiligen Muschelkalksteinarbeitern Löhne bei Zeitlohnarbeit gezahlt.

Die Steinmetzen konnten sich mit dieser Regelung nicht einverstanden erklären, finden sich jedoch mit den Verhältnissen momentan ab. Bestimmt wurde, daß die Durchführung der Vereinbarung bei der Art der Betriebe, der Beschaffung der Unternehmer des Maintales, der beiderseitigen Unkenntnis des Tarifes usw. kaum denkbar ist. Von seiten der Organisationsleitung wurde darauf verwiesen, daß wir uns von unseren Rechten auch kein iota nehmen lassen. Es kommt nur auf die Energie der Kollegen in den Betrieben an. Nicht radikale Versammlungsreden machen den Kollegen aus, sondern sein Handeln im Betriebe. Die Verhandlung wird jeden Streikfall oder Lohn Differenz entweder vor das Schiedsgericht oder die ordentlichen Gerichte bringen. Es dürfen nur die nötigen Unterlagen herbeigeholt werden.

Da die Lohnsätze ohnehin ungenügend sind, wurde die Gauleitung beauftragt, sofortige neue Teuerungszulagenverhandlungen in die Wege zu leiten. Die Erhöhung der Lohnsätze und der Akkordlöhne soll und muß erfolgen auf Grund der zu erreichenden neuen Teuerung für die Lebenshaltung des Arbeiters.

Mit dem Wunsche, die Organisation nach jeder Richtung hin im Maintale auszubauen, fand die Versammlung ihr Ende.

## Rundschau.

**Gewerkschaftliches.** (England.) I.M.B. Förderung der Gilden durch die Gewerkschaften. Eine von 300 Delegierten besuchte Gewerkschaftskonferenz Nordwest-Englands, die am 11. Juni in Manchester tagte, beschloß, zur Förderung der Gildenbewegung einen besonderen Gewerkschaftsausschuß einzusetzen. Dieser soll insbesondere dahin wirken, daß die Gilden seitens der Gewerkschaften die nötige moralische und finanzielle Unterstützung finden, wie auch ihnen bei der Beschaffung von Rohstoffen behilflich sein.

Hobson, der Begründer der Bauarbeitergilden, berichtete, daß diese bisher Arbeiten im Werte von 250 000 Pfund Sterling ausführen und noch Aufträge für über zwei Millionen haben, ohne daß seitens der Behörden irgendeine Klage gegen sie lautbar geworden sei. Dagegen habe die Bewegung schon sehr erhebliche Erfolge für die Allgemeinheit erwirkt. Die Bewegung strebe dahin, die Kontrolle über die Bauindustrie des ganzen Landes zu erlangen, natürlich in enger Verbindung mit den Gewerkschaften und unter Vermeidung von allem, was sie in händlerische Unternehmen umzuwandeln geeignet wäre. Daher werde auch die Verteilung von Dividenden abgelehnt.

Aus diesem Grund wandten sich die Bauarbeiter in Manchester und London kürzlich durch eine Delegation beim Gesundheitsministerium gegen dessen neue Bestimmungen, nach denen jetzt auch mit den Gilden Verträge nur auf Grund des Submissionsverfahrens abgeschlossen werden. Der Minister jedoch beharrte auf seinem Standpunkt.

**Sozialisierungsplan für die Wollenindustrie.** Ein Plan zur Sozialisierung der Wollenindustrie wurde von einem Ausschuss ausgearbeitet, in dem folgende Organisationen vertreten waren: die Arbeiterpartei, der Gewerkschaftsverband, die Konsumgenossenschaften, der „Dreiwand“ der Bergarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter und einige andere große Gewerkschaften. Dem Plan zufolge wäre alles Rohmaterial vom Staat einzukaufen, die Einfuhr soll nur auf Rechnung der Regierung erfolgen und der private Handel ungehindert bleiben. Dem Staat soll der Transport, die Speicherung und Verteilung des Materials obliegen. Im allgemeinen sollen die während des Krieges bestehenden Verhältnisse aufrechterhalten werden. Die Sozialisierung soll sich nicht auf alle Industriezweige und auch nicht auf jene Firmen erstrecken, deren Produktionsstadium sie für die Sozialisierung noch nicht reif erscheinen läßt, doch würde der Staat das Recht haben, zur gegebenen Zeit die ganze Industrie zu übernehmen. Vorläufig hätte er die Gewinne der nicht sozialisierten Industriezweige zu überwachen, Kostenberechnungen aufzustellen und die Geschäftsbücher zu prüfen. Nach vorausgegangener Rundmachung soll der Staat fernere berechtigt sein, nicht entsprechend ausgestattete Betriebe zu schließen oder sie zwecks rationaler Weiterführung zu übernehmen. Die Betriebe der Großverkaufsgesellschaft der Konsumvereine sollen nicht in die Sozialisierung einbezogen werden. Nach eingehenden Erhebungen wäre für jeden Industriezweig ein gewisser Gewinn festzustellen, wozu noch ein Zuschlag für besonders leistungsfähige Firmen käme. Der Ueberschuß würde dem Staat zufließen und von einer Körperschaft verwaltet werden, die dem zuständigen Minister verantwortlich ist; diese hätte die ihr zukommenden Gelder zum Ankauf von Unternehmungen zu verwenden.

Eine Landarbeitergilde. In Hertfordshire, etwa 20 engl. Meilen von London entfernt, wird die praktische Anwendung des Genossenschaftsprinzips in der Landwirtschaft versucht. Es soll eine neue Gartenfeldung gegründet und in Verbindung damit Landbau betrieben werden. Den Anfang damit will man im Herbst d. J. machen. Die Satzungen der Gilde folgen im großen und ganzen jenen der Baugewerksghilden. Betriebsüberschüsse dürfen auf keinen Fall als Dividenden verteilt werden. Die Mitgliedschaft ist auf Gewerkschafter beschränkt, die dauernd für die Gilde arbeiten und je einen Anteilsschein im Nominalwert von einem Pfund übernehmen. Andere Personen bekommen Anteilsscheine nicht. Gelegenheits- und Saisonarbeiter als Mitglieder in die Gilde aufzunehmen, ist vorläufig nicht möglich. Eines der Probleme, die zu lösen sind, besteht darin, zu Zeiten, wenn die Mitglieder nicht voll beschäftigt sind, andere Arbeiten für sie zu finden. Die Überschüsse sollen zur Bildung einer mehr umfassenden Gilde verwendet werden. Die normalen Gewerkschaftslöhne sollen als Mindestlöhne gezahlt werden. Für besonders gute Leistung Zuschläge zu gewähren, ist nicht in Aussicht genommen.

(Deutschland.) Die Ferienfrage für das engere Baugewerbe hat schon manche Verhandlung verursacht. Die Unternehmer des Baugewerbes stimmen sich mit allen Mitteln und Nissen gegen die Urlaubsgewährung. Jetzt haben die Unparteiischen des Haupttarifamts folgende Entscheidung gefällt:

Vorläufige Regelung der Ferienfrage, und zwar für das Jahr 1921, im Tiefbau.

1. Anspruch auf 3 Werkstage Ferien (Urlaubung unter Fortzahlung des Tariflohnes) hat, wer im Tiefbau bis zum 30. September mindestens 40 Wochen in demselben Geschäft gearbeitet hat. Ferienzeit wegen Witterungsverhältnisse, Materialmangels, Betriebsstörung oder Krankheit des Arbeitgebers befreit den Anspruch nicht, ebensowenig Entlassung aus Gründen, die der Arbeitnehmer nicht zu vertreten hat, wenn der Anspruch bereits erworben war.

2. Die Ferienzeit ist auf Verlangen des Arbeitnehmers höchstens auf das Doppelte zu verlängern, aber ohne Anspruch auf Bezahlung der überschüssigen Tage.

3. Die Ferien sollen in die Zeit vom 15. Juli bis 15. November 1921 fallen.

4. Die Ausführung von Arbeiten in den Ferientagen gegen Entgelt berechtigt zur sofortigen Entlassung und hat die Verwirrung des gesamten Ferienentgelts zur Folge.

5. Die Regelung im Einzelfall erfolgt durch den Arbeitgeber nach Anhörung der Arbeitnehmervertretung.

6. In Streitfällen über die Urlaubsberechtigung entscheiden die örtlichen Tarifinstanzen.

7. Die Organisationen der Arbeitnehmer verpflichten sich, diese Vereinbarung auch bei den sozialisierten Baubetrieben durchzuführen.

8. Wo durch die vorstehende Regelung im Einzelfall eine unbillige Härte für den Arbeitgeber entstehen sollte, kann durch die Tarifinstanzen eine Ausnahme bewilligt werden.

9. Diese Vereinbarung gilt als besonderer Tarifvertrag, hinsichtlich dessen beide Parteien hiermit die Allgemeinverbindlichkeitsklärung beantragen.

Gegen den heftigsten Widerstand der Unternehmer kam diese Entscheidung zustande, ihre Bewertung ist deshalb viel höher anzuschlagen als die zusehenden Ferientage an Zahl. Die Durchführung wird allerdings noch Schwierigkeiten bringen, die aber auch überwunden werden kraft des Einflusses der Verbände.

Soziales. Umfang und Stand der Erwerbslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen ist nach der neuesten Mittellungen weiter gesunken. Leider fehlen uns genaue Zahlen. Die Erwerbslosenfürsorge zählt nur die unterstützten Arbeitslosen, während die Zahl der Nichtunterstützten (Ausgesteuerte und aus besonderen Gründen Nichtunterstützte) nicht festgestellt ist. Hinzu kommt auch die Zahl der Erwerbsbeschränkten, deren Unterstützung aus der Wohlfahrtspflege fließt, die aber zum erheblichen Teil den Arbeitslosen zuzurechnen sind. Die Feststellungen der Gewerkschaften beschränken sich auf den Kreis der Mitglieder. Es lassen sich daher aus diesem Grunde absolut sichere Zahlen über den ganzen Umfang der Erwerbslosigkeit nicht gewinnen, wohl aber läßt sich Steigen und Fallen genau beobachten. Die Zahl der aus der Erwerbslosenfürsorge Unterstützten betrug am 1. Juli 316 970 Personen (nämlich 245 713 männliche und 71 257 weibliche Arbeitslose). Die Höchstzahl wurde am 1. März mit 426 892 Unterstützten erreicht und sank dann: 1. April auf 413 421, 1. Mai auf 394 498, 1. Juni auf 358 161 und 1. Juli auf 316 970. Entsprechend ist auch die Zahl der sogenannten Zuschlagsempfänger, also der Familienangehörigen der Vollarbeitslosen gesunken. Diese sank von 499 071 (Höchstzahl am 1. Februar) auf 339 863 am 1. Juli.

Auch die monatliche Statistik der deutschen Gewerkschaften, die die Zahl der arbeitslosen Mitglieder jeweils am Monatsende festzustellen sucht, zeigt in den letzten Monaten einen anhaltenden leichten Rückgang der Arbeitslosenzahl, die Ende Juni 3 v. H. der Mitglieder beträgt, gegen 3,9 und 3,7 v. H. in den Vormonaten. Wichtig ist auch das Steigen und Fallen der Mitgliederzahl der Krankenkassen. Ungerechnet Arbeitslose und erwerbsunfähige Kranke, umfaßten 6712 berichtende Klassen 13 101 036 (8 393 208 männliche und 4 707 828 weibliche) in Arbeit stehende Mitglieder. Es zeigt sich damit gegen den Vormonat eine Steigerung um 77 828 Versicherte.

Leider läßt sich die außerordentlich wichtige Zahl der Kurzarbeiter trotz aller Versuche nicht erfassen. Die ermittelte Zahl bleibt offensichtlich erheblich hinter der Wirklichkeit zurück. Immerhin lassen die recht guten Erhebungen einiger größerer Gewerkschaften zur Zeit ein Zurückgehen der Zahl der Kurzarbeiter erkennen.

Diese Entwicklung ist sehr erfreulich, aber die Zahlen lassen erkennen, daß der Umfang der Arbeitslosigkeit noch ein fürchterlicher ist, der selbst die Krisenzahlen der Vorkriegszeit überflügelt, ganz abgesehen davon, daß die derzeitige Lage der Erwerbslosen keinen Vergleich mit den früheren Zuständen zuläßt. Es wird daher immer und immer wieder der Arbeit der Gewerkschaften bedürfen, um die Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Arbeiten zu verbreiten. Dabei darf allerdings nicht verkannt werden, daß sich in den sinkenden Zahlen bereits zum erheblichen Teil der Erfolg der bisherigen Bemühungen ausdrückt. Wie weit bei der unsicheren Grundlage der deutschen Wirtschaft weiter mit dem Sinken zu rechnen ist, ob nicht Veränderungen am wirtschaftspolitischen Firmament die deutsche Industrie in vermehrte Krisen wirft, ist nicht zu sagen. Jedenfalls liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß die Bereitstellung öffentlicher Notstandsarbeiten abgestoppt werden dürfe. Im Gegenteil wird man überall, im Reich, den Ländern und den Gemeinden unverzüglich sorgen müssen, daß entsprechende Arbeiten in Angriff genommen werden.

Arbeitsgesundheitschutz. Zu einer Arbeitsgemeinschaft haben sich die im Hauptamt angestellten Gewerkschafter im Deutschen Reich zusammengeschlossen, um den gewerkschaftlichen Dienst nach einheitlichen Richtlinien durchzuführen und die gewerbliche Medizin und Hygiene (Arbeitsgesundheitschutz) vorzubereiten.

Die besondere proletarische Klasse. Je tiefer die Wirtschaft in die sozialen Verhältnisse mit ihren Folgeerscheinungen eindringt, um so trauriger wird das Bild. So sehr wirkt das soziale Leben auf den Menschen ein, daß, wenn das Proletariat sich jetzt sein Recht nicht selber erkämpfte, im Laufe der Zeiten eine besondere proletarische Klasse, und zwar eine Klasse der Minderwertigkeit entstehen würde. Man spricht sogar von einer Anthropologie der bezugslosen Klassen, also von einer Beschreibung dieser werden minderwertigen Klasse. Bereits bei der Geburt, so ist festgestellt, hat das Kind der arbeitenden Frau ein geringeres Gewicht. Es bleibt auch im Durchschnitt in seiner körperlichen und geistigen Entwicklung hinter den gleichaltrigen Kindern der besitzenden Klasse zurück. Nach Pieracini waren intelligent von 100 reichen Kindern 30, von 100 armen 20. Unbegabt waren von 100 reichen Kindern 15, von 100 armen aber 27. Weiter ist festgestellt, daß der

Schiffsin bei den wohlhabenden Ständen fast ausnahmslos besser entwickelt ist als bei den Armen. Auch ist die Ausbildung der Sinnesfunktionen besser (Rauchsin, Drucksin, Temperatursinn, Geruch). Ist das nicht der Anfang einer werden neuen minderwertigen proletarischen Klasse, die aber nicht kommen wird, weil das Proletariat seine Lage erkannt hat. Diese Feststellungen stammen nicht von gegnerischen Forschern, die die Minderwertigkeit des Proletariats zu beweisen versuchen, sondern von Wissenschaftlern, die mit ihren Untersuchungen die gewaltig-schädliche Einwirkung der sozialen Verhältnisse beweisen wollen. Sie halten das Proletariat an sich nicht für minderwertig, sondern sie erkennen diese Tatsachen als die Folgen der traurigen Lebensverhältnisse des Proletariats an. Kann bei solchen Tatsachen noch ein einziger, der zum proletarischen Volke gehört, dem proletarischen Kampfe fern bleiben? Und doch gibt es noch so viele Laue und Träge, weil sie eben ihre ganze Zümmlichkeit noch nicht in ihrer Größe erkannt haben. Auf das engste hängen Organisationsgleichgültigkeit und Unwissenheit zusammen, und darum bleibt die proletarische Aufklärung das wichtigste Mittel zum proletarischen Aufstieg.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Ausschreibung:

Für den Verwaltungsbezirk Mähren soll ein Kollege aus dem dortigen Bezirk angestellt werden. — Geeignete Bewerber reichen ihr Bewerbungsschreiben unter Beifügung eines Lebenslaufes, des Mitgliedsbuches und einer Arbeit über „Gewerkschaftliche Aufgaben“ bis zum 1. September an den Zentralvorstand ein. Adresse: Ernst Winkler.

### Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

München. Quittung. Anlässlich des Streiks vom 14. Mai bis 24. Juni 1921 gingen außer den in Nr. 28 des „Steinarbeiters“ quittierten Beträgen noch folgende Summen ein: Zahlstelle Kaiserslautern 100 M., Schwarzenbach a. S. 150 M., Tröstau 100 M., Langenalthem 568 M. und Edenketten 34 M. Die Münchner Kollegen sprechen hiermit ihren Dank aus. J. A.: Hans Moser, Kassierer.

### Die Arbeitslosigkeit im Juli.

Die Arbeitslosenzählung ergab im Juli bei einer Beteiligung von 268 Zahlstellen 313 Arbeitslose. (220 Zahlstellen haben sich an der Zählung nicht beteiligt, für diese existiert keine statistische Aufnahme. Es sind meist dieselben Zahlstellen, die sich wenig oder gar nicht daran fehen.) Der dritte Teil der Arbeitslosen — 104 — ist in Berlin. Sandstein- und Marmorbranche sind gleich stark unter den Arbeitslosen vertreten.

Im Dresden-Vinaer Sandsteingebiet sind 63 Arbeitslose; Brecher, Hilfsarbeiter und Steinmetzen werden gleichmäßig davon betroffen. Weiter ist Arbeitslosigkeit im Main-Sandsteingebiet vorhanden, in Diethahn 10, Eichenbühl 12, Fehrenbach 15, Troffenfurt 14. Das Sulzfelder Sandsteingebiet meldet 15 Arbeitslose. Die übrigen 80 Arbeitslosen verteilen sich auf 24 Zahlstellen. In 235 Zahlstellen waren Arbeitslose nicht vorhanden.

Verkürzt gearbeitet wird in 30 Betrieben mit 434 männlichen und 30 weiblichen Mitgliedern.

Für den Monat August ist eine graue Zählkarte einzufüllen!

### Quittung

über eingegangene Gelder vom 1. bis 20. August 1921:

Meißen, Inf., 24.—, Bonn 106.40, Liegnitz 519.45, Wittweida 4318.—, Rammelsbach 21 882.—, Roth, Dillr. 2997.30, Aub 30.—, Rudolstadt 30.—, Mülln 24.—, Rößingen 14.—, Reichenbach i. W. 77.—, Teuschnitz 279.30, Theuma 696.30, Troffenfurt 600.—, Schopfloch 598.20, Mandersader 700.—, Chemnitz 2042.—, Hardheim 25.—, Römheld 12.—, München 2550.—, Linz, Rh. 887.90, Greiffenberg 587.80, Veermalermühle 145.60, Cunewalde 1966.10, Sangerhausen 10.50, Bromo 30.—, Hamm 122.50, Grevenmühl 35.60, Alt-Barthau 180.—, Cöln I 1000.—, Dürkheim 459.40, Gr.-Kunensdorf 25.70, Ober-Bessingen 165.40, Nilschhausen 450.—, Lüben 21.—, Dürnhäusen 45.50, Eisenberg 49.—, Cöln II 911.30, Braunlage, Inf. 108.—, Niederoderwitz, Inf. 60.—, Tangermünde, Inf. 14.—, Neumark i. Schl., Inf. 10.—, Stettin, Inf. 12.—, Harburg 50.—, Weichenfels 50.—, Neustadt a. d. W. 114.—, Schramberg 32.50, Queckborn 200.—, Minden 168.80, Altona, Inf. 10.—, Eisenburg, Inf. 20.—, Krißh. 40.—, Altdiez 700.—, Cöln I 1000.—, Neubau 1228.50, Forzheim 1112.50, Schaded 400.—, Rößershausen 409.50, Duisburg, Inf. 13.50, Lindensfels, Inf. 28.50, Landstuhl 50.—, Neufalz 14.—, Neppen 21.—, Herford, Inf. 10.—, Altenhain 2000.—, Hofdorf 1324.—, Ricja 350.—, Tettaung 30.—, Solnhöfen 1900.—, Wising 24.—, Steinwiesen, Inf. 18.—, Passau 40.—, Nieder-Ramstadt 300.—, Sproiß 0.85, Wildschütz 960.—, Wölferbütt 2152.40, Eschershausen 1775.75, Lichtenfels 217.20, Neuthen 483.70, Steinerne Renne, Inf. 30.80, Popsteln Inf. 12.80, Mofsch 54.—, Altenburg 21.—, Tralleberg 106.50, Tittling 1.—, Uckerath 1.—, Greußen 8.50, Cottbus 14.—, Frankfurt a. M. 2000.—, Hamburg 1960.—, Liegnitz 495.20, Landsberg 234.50, Mühlhagen 369.20, Neumark i. S. 450.—, Regensburg 182.—, Stralsund 255.—, Ziegelanger 1100.—, Dreßlau 70.—, Seidenberg 36.50, Dobrilug 30.—, Lenzig 12.—, Stochheim 45.50, Hohentengen 30.—, Wismar 28.—, Bodenwöhr 20.—, Baruth 15.—, Montabaur 14.—, Nieder-Cunnersdorf 25.80, Beerwaldermühle, Inf. 10.80, Gernsbach 3000.—, Gr.-Hartmannsdorf 546.39, Büchberg 500.—, Aurich 190.—, Langenalthem 3388.40, Zapfendorf 66.10, Lugnitz 15.—.

Denkmalsfonds A. Staubinger:

Bereits quittiert 9304.80 M. Tralleberg 10.—, Sa. 9314.80 M.

Für den Wiederaufbau des Leipziger Volkshauses:

Kirchenlamen 50.— M.

Ludwig Geist, Kassierer.

### Adressenänderungen.

3. Gau.

Landsberg, Bez. Halle. Kass.: Karl Wiffing, Köthener Straße 140.

4. Gau.

Breitenborn. Kass.: Wilhelm Schaar II.

Fürstentwald. Vorj.: Heinrich Neumann.

5. Gau.

Sechshausen. Vorj.: Adolf Fost; Kass.: Karl Preis.

6. Gau.

Kürnbach i. Baden. Vorj. u. Kass.: Karl Müller, Bachstraße 216.

7. Gau.

Weichenstadt (Obfr.). Kass.: Konrad Hüttel, Beunstr. 279.

8. Gau.

Ottling. Vorj. u. Kass.: Otto Gogel.

### Briefkasten.

Gebel, W. Gedicht ist gut gemeint, aber zum Abdruck nicht geeignet.

W. Frög. Die Verbindlichkeitsklärung erfolgte am 7. Juli 1921. (Siehe auch „Steinarbeiter“ Nr. 29 unter Rundschau!)

### Neue Bücher, Zeitschriften usw.

„Die weltliche Gemeinschaftsschule.“ Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis 4.50 M. Das Buch enthält die beiden grundlegenden Referate, die Professor Radbruch, M. d. R., über „Weltliche Schule und Weltkatholischschule“ und Arthur Arz, M. d. R., über „Lehrplan und Aufbau der weltlichen Schule“ auf dem Dresdener Kulturtag der sozialdemokratischen Partei gehalten haben und die Stellung der Sozialdemokratie zu den verschiedenen Schularten und der von ihr geforderten weltlichen Schule ausführlich behandeln. Angefügt sind die sachlich wertvollen ergänzenden Ausführungen der Diskussionsredner. Das Buch wird auch über den Augenblick hinaus das Seinige dazu beitragen, mit dem Wächter der Religionsfeindschaft der Sozialdemokratie und der weltlichen Schule aufzuräumen. Es wird dem weiteren Kreise derer, die an das Werden einer neuen Kultur glauben und dafür arbeiten, die Ziele und Wege zeigen, die die Sozialdemokratie zu geben gedankt.

Die Abtreibung der Eibeskrucht. Von Prof. A. Grotzahn und Prof. G. Radbruch. (Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis 2 M.) Der himmelschreiende Mißstand, daß in Deutschland jährlich mehrere hundert arme und ungeheuer Frauen wegen eines Vergehens zu Zuchthausstrafen verurteilt werden, das bei Zehntausenden, die es ein wenig geschickter anzustellen verstehen, strafflos bleibt, muß so schnell wie möglich verschwinden. Die Empörung der sozialistischen Frauenwelt ist gerechtfertigt und darf nicht eher zur Ruhe kommen, als bis hier Wandel geschaffen wird. Durch die Anträge auf Abänderung der bezüglichen Paragraphen des Strafgesetzbuches, welche die Mitglieder der sozialdemokratischen und unabhängigen Reichstagsfraktion gestellt haben, ist die bisher von ängstlichem Schweigen umhüllte Frage bereits zum Mittelpunkt öffentlicher Erörterungen geworden. In der vorliegenden Schrift nehmen zwei berufene Autoren zu dieser Frage Stellung, deren Lösung mit großer Schwierigkeit und Verantwortung verknüpft ist. Die für die Allgemeinheit so überaus bedeutende Schrift kann Eheleuten, Ärzten und Hebammen nicht genug zum Lesen empfohlen werden.

100 000 Millionen Mark neue Steuern. Der ungeheure Fehlbetrag im Reichshaushalt von mindestens 50 Milliarden Mark und die Reparationsleistungen in mindestens gleicher Höhe zwingen Deutschland zur Einführung neuer Steuern, die mindestens doppelt so hoch sein werden wie all: bisher bestehenden Abgaben zusammengenommen. An der Ausbringung dieser Steuern hängt die Erfüllung des Ultimatums, die Verhinderung neuen feindlichen Einmarsches, die Möglichkeit friedlicher Entwicklung in Europa. Die Verteilung dieser riesigen Lasten auf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung wird von ausschlaggebender Bedeutung sein für Deutschlands soziale Struktur.

In Kürze wird in der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, unter dem Titel „100 000 Millionen neue Steuern.“ Wer soll sie zahlen? Proletarier oder Besitzer von Goldwerten? von Ernst Hoffmann eine Broschüre erscheinen, die dargelegt, wie es zu dem Ultimatum kam; warum es angenommen wurde und wie allein es erfüllt werden kann. Die einzelnen Sach- und Geldwerte werden nach Art und Umfang genau abgeschätzt und die zweckmäßige Art ihrer Besteuerung dargelegt. So wird das riesige Steuerproblem, das noch auf Monate im Mittelpunkt der deutschen Politik stehen wird, anschaulich gemacht und in seiner politischen und sozialen Bedeutung potend dargestellt. Die Broschüre, die im Buchhandel 2.50 M. kostet, wird an die Organisationen zum Vorzugspreise, und zwar bei Bezug von 50 Exempl. mit 1.50 M. das Stück, bei Bezug von 250 Exempl. an mit 1.25 M. das Stück zwecks Massenverbreitung abgegeben.

„Gegen den tendenziösen Geschichtsunterricht“ in unseren Schulen wendet sich das 2. Heft der Verhandlungen des Dresdener Kulturtages, das unter dem Titel „Der neue Geschichtsunterricht“ joesen in der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, erschienen ist. (Preis 5 M.) Prof. Dr. Rudo Hartmann-Wien behandelt das Thema: „Geschichtsauffassung und Geschichtsdarstellung“ und Nikolaus Henningens-Hamburg zieht die Folgerungen daraus für die Neugestaltung des Geschichtsunterrichts an unseren Schulen. Das Heft gehört in die Hand eines jeden sozialistischen Lehrers, es sollte aber auch von allen denen gelesen werden, die ein Interesse an der Erziehung unserer Jugend im neuen Geiste, ein Interesse auch an den Problemen der sozialistischen Geschichtsauffassung haben.

### Anzeigen

Trotz sorgfältiger Prüfung aller Arbeitsangebote ist nicht zu vermeiden, daß hin und wieder ein unterläuft, wo das Verhalten des betreffenden Arbeitgebers alles andere notwendig erfordert, nur keine Vermittlung von Arbeitskräften durch den Steinarbeiter. Daraus erwächst die Pflicht für unsere Kollegen, nicht sofort an Ort und Stelle zu fahren, sondern sich erst über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse schriftliche Unterlagen zu verschaffen. Manche Enttäuschung wird damit vermieden, auch mancher Groll gegen den Redakteur.

Entwürfe, Bildhauerarbeiten n. gegeb. Stiz., Alphabete, Grabmal- u. Kriegerdenkmäler z. Durchpaß a. Stein od. Holz zeichnet Franz Siegler, Bildhauer, Gießen (Hessen). Jeder kann Schriftzeichen nach meiner Methode! Ausflügelungsendung 10 M. Atpab. 10 M. 1 Bl. Verzeichnung. 10 M.

Tüchtiger Marmorhauer für freistehende Waschtische u. sonstige Marmorarbeiten sofort gesucht. Albin Grunert Nachf., Hildesheim.

### Sandstein-Steinmetzen

für bessere Bauarbeiten und Denkmäler für unsere Betriebe Bunzlau, Warthau, Löwenberg, Rackwitz werd-n sofort in größerer Anzahl ein-gestellt. Arbeitsdauer über ein Jahr gesich.

Zeidler & Wimmel, Bunzlau.

Zu sofort 2 tüchtige Steinmetzen, die auf Grabstein-Monumente ich bewandert sind, ferner 3 tüchtige Blättermacher für dauern d. Stein bewandert sind, ferner Schwarzwald-Granit- u. Sandsteinwerke Tiefenstein, Inf.: E. Gumpert

### Steinbrecher

für unsere Sandsteinbrüche Warthau, Rackwitz, werden sofort eingestellt für dauernde Arbeit.

Zeidler & Wimmel, Bunzlau.

Perfekter Schrifthauer in allen Gesteinsarten, der auch evtl. andere Grabsteinarbeiten mitarbeiten kann, findet Lebensstellung. Angebote an Hch. Schuler, Bildhauer, Kirchheimbolanden (Rheinpfalz).

### Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingelangt werden.)

In Rindisch am 8. August der Granitsteinmetz Alwin Oswald, 58 Jahre alt, Herzschlag.

In Strehlen am 10. August der Brecher Paul Müller, 49 Jahre alt, Lungentuberkulose; am 17. August der Brecher Traugott Flegler, 52 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In Löwenberg am 17. August der Hilfsarbeiter Bruno Müller, 47 Jahre alt, Lungentuberkulose.

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig. Gedruckt in der „Freien Presse“, Leipzig.